

zeitung gegen den krieg

Nr. 25 Frühjahr 2007

Gila Svirsky: Eskalation mit Iran verhindern Seite 3
Monty Schädel: Proteste gegen G-8-Gipfel Seiten 4/5
Ulrich Sander: Vorbild NS-Terrortruppe Seite 6
Tobias Pflüger: Deutsche EU-Dominanz Seite 7
Joachim Guilliard: Neue Strategie im Irak Seitem 10/11
Tariq Ali: NATO-Krieg in Afghanistan Seite 12

Es gibt keinen Weg zum
Frieden auf dem Weg der
Sicherheit.
nr. 25
Dietrich Bonhoeffer

Deutsche Verteidigung am Hindukusch Rentenkürzung für Tornados



von Eckart Spoo

Der Bundestag hat am 9. März beschlossen, weitere 500 Bundeswehrsoldaten mit sechs bis acht Tornado-Maschinen nach Afghanistan zu entsenden und das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen, also die Renten zu kürzen. Sage keiner, die beiden Beschlüsse hätten nichts miteinander zu tun. Die Haushaltsprioritäten werden weiter von der Innen- zur Außen-, von der Sozial- zur Militärpolitik verschoben. Geld, das der Staat fürs Kriegführen ausgibt, fehlt da, wo es gebraucht wird, um alte Menschen vor Verelendung zu schützen. Beide Beschlüsse sind langfristig angelegt: Die Rentenkürzung wird nach und nach – über Jahrzehnte hinweg – immer mehr Menschen betreffen. Über die Dauer des Militäreinsatzes in Afghanistan sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, der frühere Verteidigungsminister Peter Struck (derselbe, der den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr an den Hindukusch verlegte und dadurch ad absurdum führte), wir sollten mal mit zehn Jahren rechnen. Die Kosten werden sich dann zu Milliarden summieren.

Schlimmer noch: Alle, die ernsthaft die Entwicklungen in und um Afghanistan analysieren, nehmen an, daß Deutschland mit der Entsendung der „Tornados“ eine neue Eskalationsstufe betritt und daß es in der Logik dieser Entscheidung liegt, danach auf immer höhere Stufen zu steigen – mit wachsenden Kosten und wachsenden Verlusten, ganz nach US-amerikanischem Vorbild. Wie der Hauptstadt-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“, Richard Meng, am Tag vor den Parlamentsbeschlüssen schrieb, zerbricht man sich schon „bis in höchste Regierungskreise den Kopf über die nächste Eskalationsstufe... Der Druck, Bodentruppen in Afghanistans Süden zu

schicken, wird wachsen.“

Den Zweck des Tornado-Einsatzes hat das Verteidigungsministerium in die Worte gefaßt: „militärische Absicherung des Wiederaufbaus, Schutz der Bevölkerung, der Aufbauhelfer und der NATO-Soldaten“. Das klingt so schön und menschenfreundlich wie ein Weihnachtsmärchen. Und Minister Franz-Josef Jung beteuert, diese Flugzeuge dienten doch nur der Aufklärung. Aber was die deutschen Luftwaffensoldaten in Afghanistan fotografieren sollen, ist nicht für die Information der Öffentlichkeit bestimmt, sondern für die Bestimmung von Angriffszielen. Zu diesem Zweck sollen die Ergebnisse der Aufklärung „wann immer nötig“ (Jung) den US-Streitkräften übermittelt werden. Damit die dann gezielt bombardieren.

Das ist ein direkter Beitrag zu einem Krieg, der immer größere Ausmaße annimmt. Im vergangenen Jahr kostete er auf afghanischer Seite 4.400 Menschen das Leben, und noch viel mehr Menschen erlitten schwere und schwerste Verletzungen. Kein Wunder, daß Zorn, Wut, Haß in der Bevölkerung zunehmen und daß sich daher auch der Widerstand gegen die Besatzer verstärkt. Dieser Widerstand wird sich aber auch mit noch so feinen Kameras schwerlich aus der Luft erkennen lassen. Und er wird sich auch mit noch so genau gezielten Bombardements nicht brechen lassen.

Realistisch warnt Bernhard Gertz, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes: Die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Karzai, sei offenbar „nicht ganz zutreffend“. Die westlichen Interventionstruppen haben „nicht nur wenige entschlossene Terroristen“ (Gertz) gegen sich, sondern viele Afghanen unterstützen den Widerstand. Und je mehr die US- und die mit ihnen verbündeten NATO-Truppen die Kriegführung eska-

lieren, desto größere Teile der Bevölkerung werden die ganze NATO als ihren Feind betrachten. Was hat eigentlich eine Militärorganisation, die Nordatlantiktaktik-Organisation heißt, mitten im fernen Asien verloren?

Erinnern wir uns: US-Truppen landeten in Afghanistan im Herbst 2001, kurz nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington. Ob die damals von der Taliban-Bewegung gestellte Regierung Afghanistans mit den Anschlägen irgend etwas zu tun hatte, ist bis heute nicht bewiesen. Ihr Angebot, über alle Vorwürfe (speziell über den angeblich in Afghanistan lebenden angeblichen Terror-Drahtzieher Osama Bin Laden) zu sprechen, wurde von der US-Regierung schroff abgelehnt. Die US-Truppen vertrieben die Taliban aus der Hauptstadt Kabul und setzten mit deutscher Unterstützung (Petersberg-Konferenz) den von ihnen eingeflogenen Karzai als neuen Regierungschef ein. Sein Einfluß reicht auch jetzt, fünf Jahre danach, kaum über Kabul hinaus.

Die Propaganda der Invasoren sprach von allerlei wohltätigen Zielen, die unter dem militärischen Schutz der USA und ihrer Verbündeten verfolgt würden. Angeblich wollte man den Anbau von Mohn für Heroin beenden – doch heute werden in Afghanistan weitaus mehr Drogen produziert als unter den Taliban, die Drogen ablehnten. Schwere US-amerikanische Kriegsverbrechen an Gefangenen und an der Zivilbevölkerung wurden bekannt. Die Kriegführung verschlang schon mehr als 80 Milliarden Dollar, während sich die Armut der Afghanen vergrößerte; 70 Prozent der Bevölkerung leiden an chronischem Nahrungsmangel. Osama Bin Laden ist immer noch nicht gefunden.

Alle vorgeschobenen Kriegsziele verloren an Glaubwürdigkeit, weil die tatsächlichen weltpolitischen Absichten

der USA und der führenden westeuropäischen Staaten, namentlich der Bundesrepublik, immer deutlicher hervortraten, vor allem das (in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr ausdrücklich proklamierte) Interesse an freiem Zugang zu Öl- und Gasvorkommen weltweit; Afghanistan ist das zentrale Transitland zwischen den Rohstoffländern Iran, Aserbeidschan, Rußland, Kasachstan und China. Dieses Hauptinteresse wurde auch in dem verheerenden Krieg der USA und Großbritanniens gegen den Irak sichtbar, als alle Behauptungen über Saddams Massenvernichtungsmittel platzten. Nicht minder verlogen ist heute die Propaganda gegen den Iran, der als nächstes Aggressionsopfer ausersehen zu sein scheint. Die USA haben vor seinen Küsten bereits Flugzeugträger in Stellung gebracht, und wie vor allen ihren Angriffskriegen verweigern sie jede direkte Verhandlung. Zur Drohkulisse gegen dieses besonders ölfreiche Land werden die deutschen „Tornados“ gehören, wenn sie im April in den Süden Afghanistans, also ins Grenzgebiet zum Iran, verlegt werden.

77 Prozent der deutschen Bevölkerung sind, wie vor der Entscheidung des Bundestags ermittelt wurde, gegen die Entsendung der „Tornados“. Immerhin 157 Abgeordnete aus allen Fraktionen stimmten dagegen. Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose teilte seinen Vorgesetzten mit, daß er aus Gewissensgründen nicht an diesem verfassungs- und völkerrechtswidrigen Einsatz mitwirken wird. Dieses Beispiel sollte Schule machen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich der verhängnisvollen militärischen Eskalation zu verweigern.

Eckart Spoo ist Mitherausgeber der
Zweiwochenschrift „Ossietzky“

Frau Angela Merkel! Sie haben anläßlich des 50. Jahrestags der EU dafür geworben, die EU-Verfassung bis 2009 zu ratifizieren und „eine gemeinsame europäische Armee“ aufzubauen. Beides hängt ja eng zusammen: Der Verfassungsentwurf fordert eine Militarisierung. Eine „gemeinsame Armee“ erfordert einen einheitlichen EU-Staatenbund, Verfassung inklusive. Nun wurde der Verfassungsentwurf von der französischen und der niederländischen Bevölkerung abgelehnt, womit er nach den Kriterien der EU genehmigt ist. Aber, wie sagten Sie, Frau Merkel, so trefflich: „Ich will den Werten der Nation mit freundlichen Worten und mit Marschflugkörpern dienen.“ Da erleidet Demokratie natürlich schnell einen Kollateralschaden!

Herr Franz-Josef Jung! Als jetzt die Tornados nach Afghanistan verlegt wurden, sagten Sie als Verteidigungsminister: „Aufklärung ist kein Kampfeinsatz“. Ein Dreivierteljahr davor, als deutsche Kriegsschiffe vor den Libanon geschickt wurden, sahen Sie darin einen „Kampfeinsatz“. In Wirklichkeit haben Sie ja recht: In Afghanistan geht es nur um die Fortsetzung eines Krieges. Doch im Nahen und Mittleren Osten kann es bald einen neuen großen Krieg geben. Da liegt dann „unsere“ Marine doch echt im Zentrum: Denn vor dem Libanon heißt knapp neben Syrien, dem bis dahin engen Verbündeten des Irans, also inmitten eines „Kampfeinsatzes“.

Herr Fernando Aguirre! Daß man Mörderbanden auch an unerwarteten Orten antrifft, war uns bekannt. Daß aber Sie als Vorstandsvorsitzender von Chiquita Brands, einem der größten Fruchtkonzerne der Welt, dazu zählen, hat uns dann doch überrascht. Doch Sie haben es ja selbst zugegeben: Ihr Konzern zahlte zwischen 1997 und 2004 in Kolumbien mindestens 1,7 Millionen US-Dollar an die rechtsgerichtete Terrororganisation AUC, die wegen ihrer Massaker an Kleinbauern und dem systematischen Einsatz von Todesschwadronen berüchtigt ist. Um weitere Enthüllungen zu unterlaufen und um höhere Strafen zu vermeiden, zahlten Sie nun „freiwillig“ 25 Millionen US-Dollar an die US-Justiz, die damit die Akten zu dem Fall schließt. Von wegen „alles Banane“ – alles Mörder!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser, die ZgK-Ausgabe zum Ostermarsch 2006 hatte auf der Seite 2 in unserer traditionellen Rubrik „Argumente gegen den Krieg“ das Thema eines drohenden Iran-Krieges. Wenn wir uns dazu auch 2007 veranlaßt sehen, dann aus gutem Grund. Seit mehr als einem Jahr werden die Schritte in Richtung eines solchen Kriegs fortgesetzt und konkretisiert. Natürlich hoffen wir, dass wir mit unseren Befürchtungen unrecht haben. Dennoch sollen hier erneut die Argumente, die für einen solchen Krieg vorgetragen werden, beantwortet werden.

Am 12. und 13. Januar 2007 gab es in Chemnitz ein breit angelegtes Symposium zu Ehren des ein Jahr zuvor verstorbenen ehemaligen Chemnitzer Studentenpfarrers Hans-Jochen Vogel. Ein gutes Dutzend Referentinnen und Referenten sprachen zum Thema „Dem Rad in die Speichen fallen“. Eckart Spoo, der „Zeitung gegen den Krieg – ZgK“ freundschaftlich verbunden, referierte zum Thema „Keine Alternativen? Gegen Einschüchterung und Resignation!“. Winfried Wolf, verantwortlicher Redakteur der ZgK, hatte das Thema „Verbrechen Weltmarkt – Die Notwendigkeit der Utopie“. Ein Reader des Symposiums befindet sich in Vorbereitung. Hans-Jochen Vogel war ZgK-Mitherausgeber.

Erstmals seit langer Zeit erschien am Jahresende 2006 keine „Zeitung gegen den Krieg – ZgK“. Die Gründe dafür sind allein bei der Überlastung derjenigen zu suchen, die die Hauptlast in der redaktionellen Arbeit tragen. Das Interesse an der ZgK und die Nachfrage nach ihr sind weiterhin groß.

Friedliche Grüße sendet die ZgK-Redaktion

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Neubrandenburg), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) und Winfried Wolf (Wilhelmshorst). Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziale – BFS e.V., Michendorf.

Redaktion: Andrea Marczynski, Wolfgang Pomrehn und Winfried Wolf.

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen und Organisationen: Antikriegsforum Ludwigshafen; bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg; Friedensbündnis Karlsruhe; Galerie Olga Benario, Berlin; Willi Hoffmeister, Sprecher des Ostermarsches Ruhr; Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK); Deutscher Friedensrat e.V., Friedensbündnis Karlsruhe; Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in und bei der Linkspartei); LabourNet; Sozialistische Linke, Karlsruhe; Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag; Initiative Vereinigte Linke; Nordbremer Bürger gegen den Krieg; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA); Peter Gingold und Werner Pfennig als Bundessprecher der VVN/BdA; PapyRossa Verlag Köln; Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg; Sozialistische Zeitung/SoZ, Köln; Linkspartei.PDS (Partei-Vorstand).

Gestaltung und Layout: Joachim Römer

Redaktions- und Vertriebsadressen: Postanschrift: BFS e.V., An den Bergen 112, 14552 Michendorf e-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de Fax: 033205-44685

Bezugspreise und Konto: Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: von 1 bis 50 Ex. zu 25 Cent je Ex. von 51-499 Ex. zu 20 Cent je Ex. ab 500 Ex. zu 13,5 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos: Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingen- ten bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzel-exemplaren abonniert werden. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge: bei Bezug von jeweils einem Ex. = Abopreis von 8 Euro bei Bezug von jeweils drei Ex. = Abopreis von 9 Euro bei Bezug von jeweils fünf Ex. = Abopreis von 10 Euro.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich in erheblichem Maß über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind entsprechend steuerlich abzugsfähig. Konto: BFS e.V. Mittelbrandenburgische Sparkasse BLZ 160 500 00; KtoNr.: 352 700 1866.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Winfried Wolf ISSN 1611-2881

Argumente gegen einen drohenden Iran-Krieg

Die Vorbereitungen für einen Krieg gegen den Iran werden fortgesetzt. Mit der Resolution des UN-Sicherheitsrats vom 24. März 2007 (Nr. 1474) gewinnen Argumente für einen „Militärschlag“ an Gewicht. Sie müssen ernst genommen – und beantwortet werden.

Argument Nr. 1:

Der Iran ist isoliert. Die Regierung Ahmadinedschad steht am Pranger. Antwort: Der westlichen Diplomatie ist es – im Verbund mit dem plumpen Verbalradikalismus des iranischen Präsidenten – gelungen, diesen Eindruck entstehen zu lassen. Das war auch das Ziel der Regierungen in Washington, Paris, London und Berlin. Wichtig an der neuen UN-Resolution, die „nur“ verschärfte wirtschaftliche Sanktionen gegen den Iran verhängt, ist, daß sie einstimmig verabschiedet wurde, nachdem der Westen in diesem Sinne auf zunächst kritische Mitglieder des Sicherheitsrats massiven Druck ausübte. Am Ende haben auch die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Rußland und China – und selbst Südafrika als rotierendes Mitglied dieser Institution – der Resolution zugestimmt. Unter diesen Bedingungen wird kaum wahrgenommen, daß der Weltsicherheitsrat auch in der neuen Resolution nicht mit Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta droht – was heißt: mit militärischen Maßnahmen. Das Beispiel des Kriegs gegen Jugoslawien (1999) zeigt allerdings, daß in diesem Sinn eindeutige Resolutionen des UN-Gremiums nicht erforderlich sind, um einen Angriffskrieg in der Öffentlichkeit als „gerechtfertigt“ zu „verkaufen“.

Argument Nr. 2:

Das iranische Atomprogramm stellt eine reale Gefährdung des Weltfriedens dar und rechtfertigt ein internationales Eingreifen. Antwort: Energiepolitisch und wirtschaftspolitisch ist das iranische Atomprogramm unsinnig; aus politischer Sicht ist es vor allem gegenüber der eigenen Bevölkerung verantwortungslos. Die Beteuerungen der Regierung in Teheran, die Entwicklung und der Besitz atomarer Waffen würden nicht angestrebt, können zutreffen. Sie können sich aber auch als falsch erweisen. Doch das ist nicht die entscheidende Fragestellung. Atomwaffen besitzt der Iran bisher nicht, wohl aber ist das US-Militär atomar hochgerüstet. Und es rüstet – zusammen mit den Atommächten Frankreich und Großbritannien – ständig weiter atomar auf – bei klarer Verletzung des Atomwaffensperrvertrags, der atomare Abrüstung verlangt. Die US-Regierung hat innerhalb von 16 Jahren mit drei Kriegen (1991 im Irak, 2001 in Afghanistan und 2003 erneut im Irak)

verdeutlicht, daß sie mit ihrem militärischen Potential einzelne Länder in den energiereichen Regionen bedroht. Die westlichen Regierungen haben zugelassen, daß Israel, das in der gesamten Region die modernsten konventionellen Waffen besitzt, sich ein umfassendes atomares Potential zulegte. Die Regierung in Tel Aviv hat mehrfach auf kaum verhüllte Art und Weise deutlich gemacht, daß sie gegen den Iran gegebenenfalls atomare Waffen in einem Erstschlag einsetzen wird. Der Westen hat auch zugelassen, daß sich Pakistan und Indien Atomwaffen zulegten. 2006 hat US-Präsident Bush in Indien erklärt, daß die USA zukünftig das Land bei der Weiterentwicklung des („zivilen“) Atomprogramms unterstützen. Damit wird verdeutlicht: Der Westen legt in den Fällen Iran einerseits und Israel/Indien/Pakistan andererseits zweierlei Maßstab an.

Die iranische Regierung hat mehrfach ihr berechtigtes Interesse an einem internationalen Schutzabkommen – etwa vor einem atomaren Angriff aus Israel – erklärt. Die Regierungen in Washington, London, Paris und Berlin sind darauf nie eingegangen. Am 24. März schlugen die Länder Katar und Indonesien als rotierende Mitglieder im Sicherheitsrat vor, in die Resolution den folgenden Passus einzufügen: „Die Einrichtung einer von Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten würde den Frieden und die internationale Sicherheit stark begünstigen.“ Die Aufnahme dieser Passage in die Resolution, die eine Anspielung auf Israels Atomwaffen enthält, wurde aufgrund des Vetos der US-Regierung verhindert. Damit ist klar, daß die US-Regierung gegenüber dem Iran eine Politik der atomaren Erpressung betreibt und daß sie sich dabei des Juniorpartners Israel bedient.

Argument Nr. 3:

Die iranische Regierung bedroht Israel, das aufgrund der Geschichte der jüdischen Bevölkerung eine traumatische Angst vor einem neuen Völkermord hat. Antwort: Die Drohungen aus Teheran sind in erster Linie verbaler Art. Dabei

handelt es sich um verantwortungslose und kriminelle Drohungen – so im Fall der Leugnung des Holocausts durch den iranischen Präsidenten (siehe auch S. 8). Doch die Drohungen der israelischen Regierung sind praktischer und militärischer Art. Der illegale Krieg gegen den Libanon, den die israelische Regierung im Sommer 2006 führte, war in erster Linie ein Krieg gegen die mit dem Iran verbündete Hisbollah. Dieser Krieg wurde mit erbarmungsloser Härte geführt. Die damals seitens der israelischen Armee eingesetzten Streubomben wirken heute noch als Minen und fordern weitere Opfer. Die These des Politikwissenschaftlers Mohssen Massarrat, wonach die israelische Armee die Hisbollah dazu provozieren wollte, Mittelstreckenraketen auf Tel Aviv zu feuern, um dann den Krieg in Richtung Teheran auszuweiten, ist ernst zu nehmen (siehe ZgK 24, S.12).

Israels Regierung eskaliert seither die Situation weiter. Sie weigert sich, die neue palästinensische Regierung, gebildet aus Hamas und Al Fatah, anzuerkennen, obgleich diese erklärte, alle geschlossenen Verträge einzuhalten, was eine Garantie für das Existenzrecht Israels einschließt. Am 12. September 2006 beschloß die Regierung in Tel Aviv den größten Militäretat seit Gründung des Staates. In den kommenden drei Jahren sollen die israelischen Rüstungsausgaben nochmals massiv erhöht werden. Am 21. März 2007 gab es in Israel die größte Zivilschutzübung in der Geschichte des Landes. Dabei wurde ein syrischer Chemiewaffenangriff auf Tel Aviv simuliert. Die Politik der



israelischen Regierung muß im gesamten arabischen Raum als Provokation aufgefaßt werden.

Argument Nr. 4:

Die EU im allgemeinen und die Bundesregierung in Berlin im besonderen setzen weiter auf die diplomatische Lösung.

Antwort: Die EU-Politik und die Politik der Berliner Regierung unterscheiden sich nur marginal von derjenigen der USA. Im Februar 2007 legte EU-Chefdiplomat Javier Solana dem EU-Ratssekretariat ein Papier vor, in dem davon ausgegangen wird, daß der Iran in Bälde über Atomwaffen verfügt. Das Papier dient seither den Befürwortern eines Militärschlags als Argument. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier

schließt eine militärische Intervention als „letzte Möglichkeit“ nicht mehr aus. Erklärungen, wie es sie im Vorfeld des Irak-Krieges 2002/2003 seitens der Schröder-Regierung immerhin gab, die verbal auf offene Distanz zum US-Kriegskurs gingen, sucht man heute vergebens. Vor allem aber befindet sich die deutsche Marine vor dem Libanon – und damit nur unweit entfernt von der syrischen Küste. Im Fall eines Krieges gegen den Iran würde sie fast automatisch zum Teil der westlichen Kriegsmaschinerie – mit der Aufgabe, Teherans Verbündeten Syrien in Schach zu halten.

Die hierzulande herrschende politische Klasse hat wiederholt deutlich gemacht, daß Deutschland bzw. die deutschen Konzerne und Banken bei ihrem dritten Anlauf nach ganz oben nur Erfolg haben werden, wenn sich das Land auch militärisch „engagiert“ – auch in Kriegen. Nach dem Irak-Krieg 2003 wurde im Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in allgemeiner Form für einen Einsatz deutscher Soldaten in Kriegen – auch im Irak – plädiert. Dort wurde die wahre Funktion solcher Einsätze in Kriegen verdeutlicht und wie folgt erläutert: „Deutsche Soldaten sind Türöffner für politischen Einfluß und Geschäftsbeziehungen. Solch nüchterne Erwägungen mögen der hiesigen politischen Kultur derzeit noch fremd sein. Der Gang der Weltpolitik, der selten Rücksicht auf moralische Kategorien nimmt, wird sie aber auch von unserem Land immer wieder fordern.“ (FAZ vom 24.10.2003).

-Anzeige-

Advertisement for PapyRossa Verlag featuring five book covers with titles like 'Werner Heisenberg/Anna Köhler: Objekte der Liebe', 'Michael Stübgen (Hg.): Klassen auf dem Ring', 'Ulrich Gellert: Peter Bismarck', 'Ludwig Lill, Uwe Gellert: Die deutsche Arbeiterbewegung nach 1945', and 'Rüdiger Safranski: Die deutsche Soldatenkriegsmaschine'. Each book is accompanied by a short descriptive text.

Interview mit Gila Svirsky Eine Eskalation mit dem Iran verhindern



traut ihm nicht mehr und das ist keine Basis für irgendwelche Friedensverhandlungen. Das ist sehr bedauerlich, denn gerade zur Zeit hat die saudi-arabische Friedensinitiative in unserer Öffentlichkeit mehr Aufmerksamkeit bekommen als früher. Ich bin froh über die gemeinsame Fatah-Hamas-Regierung, zusammen repräsentieren sie eben die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung und sind in der Lage, mit hoher Akzeptanz mit den Israelis zu verhandeln. Das war die Fatah-Regierung früher nicht. Eine Mehrheit der Israelis unterstützt übrigens Verhandlungen mit einer palästinensischen Führung, welche die Hamas mit einschließt.

Was plant die israelische Friedensbewegung momentan?
Sie macht weiterhin Druck, um endlich zu echten Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen zu kommen.

Was bedrückt Dich an der gegenwärtigen Lage am meisten?

Ich mache mir besonders Sorgen über die mögliche Eskalation des Konflikts zwischen Washington und Teheran. Im Mittleren und Nahen Osten, der momentan von George W. Bush und Mahmoud Ahmadinedschad dominiert wird, sieht die Lage sehr ernst und bedrohlich aus. Diese beiden Führer müssen gestoppt werden, bevor sie uns in die Katastrophe stürzen. Und Sorgen bereiten mir natürlich die wachsende Militarisierung der israelischen Gesellschaft, der wachsende Rassismus unter Israelis gegen Araber – verstärkt durch die anti-arabischen Meinungen im Westen – das Scheitern der Palästinenser, ihre eigenen gewalttätigen Militanten zu kontrollieren, etc. Alle diese Punkte sind aber blaß gegenüber einer möglichen nuklearen Eskalation mit dem Iran. Dieses Szenario sieht nicht länger so aus, als sei es an den Haaren herbeigezogen, sondern es wird immer realistischer.

Was erwartest Du denn von der deutschen und der europäischen Friedensbewegung?

Wir müssen gemeinsam Druck machen, um endlich die katastrophalen Sanktionen gegen die palästinensische Bevölkerung aufzuheben, die zu Beginn der Hamas-Regierung verhängt wurden. Diese Sanktionen bedeuten nicht nur unendliches Leid für Unschuldige, sondern schieben auch die palästinensische Regierung zunehmend in die Arme Irans. Denn wenn keine Unterstützung aus dem Westen kommt, dann ist es doch ganz klar, daß man sich nach neuen Partnern umschaut. Deswegen war es auch ein strategischer Fehler des Westens, die Palästinenser für die Wahl der Hamas „abzustrafen“. Die Friedensbewegung in Deutschland ist gefordert, sich für eine sofortige Aufhebung der Sanktionen einzusetzen und Druck auf beide Seiten auszuüben, daß sie extreme Positionen fallen lassen. Da könnte auch Europa viel mehr tun.

Was bewegt Dich noch?

Frauen! Wenn die Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts geschrieben sein wird, werden Frauen für ihre großen Opfer, die sie für den Friedensprozeß in Kauf nehmen mußten, Erwähnung finden. Deshalb müssen wir verhindern, daß die Geschichte nur von Männern geschrieben wird, das ist klar.

Gila Svirsky ist Autorin, Friedens- und Frauenaktivistin. Sie ist Mitbegründerin zahlreicher Frauenorganisationen, zur Zeit Vorsitzende der Menschenrechts-Organisation B'Tselem, Mitglied in der Coalition of Women for Peace. Die 60-Jährige ist Trägerin der Hermann-Kesten-Medaille des PEN-Zentrums gemeinsam mit der palästinensischen Professorin Sumaya Farhat-Naser. Gila Svirsky lebt in West-Jerusalem.

Das Interview für die ZgK führte **Heike Hänsel**

Du bist seit Jahren in der israelischen Friedensbewegung aktiv. Was ist Deine Motivation für Dein politisches Engagement?

Zur Friedensbewegung bin ich erst nach und nach gekommen, das war ein Weg, der viele Jahre dauerte. Einer der ersten Auslöser war der Libanon-Krieg, den Israel 1982 vom Zaun brach. Ich muß nur das Massaker an den Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila im Libanon erwähnen, die zwar von anderen, aber unter der billigen Aufsicht von Israel, ausgeführt wurde.

1988 begannen einige Frauen damit, eine wöchentliche Mahnwache in schwarzen Kleidern (als Zeichen der Trauer für beide Seiten, Israelis und Palästinenser) abzuhalten und hielten dabei Schilder mit der Aufschrift „Beendet die Besatzung!“.

Die Mahnwache verbreitete sich an vielen Orten in Israel und dann auch in anderen Ländern. Kurz nach der Gründung wurde ich Mitglied in der Jerusalem-Gruppe. Seit 19 Jahren bin ich nun schon zusammen mit dieser Gruppe von Frauen auf der Straße.

Wie ist die Atmosphäre im Moment angesichts der wachsenden Spannungen mit dem Iran?

Die Israelis sind sehr nervös angesichts der Situation im Iran. Unabhängig davon bewegt sich meiner Meinung nach die israelische Gesellschaft momentan von einer Stimmung des Ärgers und der Enttäuschung angesichts des Fiaskos im Libanonkrieg letzten Sommer zu einem Zustand der Entfremdung und Apathie. Die israelische Führungselite ist gegenwärtig in eine Reihe von Korruptionsskandalen involviert. Die Liste der Betroffenen geht mitten durch die höchsten Ränge, vom Premierminister, Präsidenten, Justizminister, Finanzminister



US-Justiz und legale Folter

von **Norman Paech**

Seit einiger Zeit werden wir aus dem US-amerikanischen Rechtsstaat mit reichlich unappetitlichen Meldungen versorgt, die bislang im Dreieck Terror, Krieg und CIA angesiedelt waren. Dafür standen die Namen Abu Ghraib und Guantánamo. Nun kommt die Justiz hinzu, die durch Sondertribunale und die Legalisierung von Folter auf die Höhe der Zeit gebracht werden soll. Es ist bekannt, daß der Weg zur Folter in den Militärgefängnissen unmittelbar nach dem 11. September 2001 betreten wurde und man kann nur befürchten, daß er weit bis in das normale System der Justiz vordringen wird. Er erinnert an die Epoche der antikommunistischen Hysterie in der USA, die John K. Fairbanks im Jahre 1947 mit folgenden Worten kommentierte: „Unsere Angst vor dem Kommunismus, die in gewisser Weise auch ein Ausdruck unserer allgemeinen Angst vor der Zukunft ist, wird uns weiterhin zu einer aggressiv-antikommunistischen Politik in Asien und anderswo führen, und das amerikanische Volk wird in dem Glauben gehalten werden oder ehrlich selbst davon überzeugt sein, daß die Unterstützung antikommunistischer Regierungen in Asien irgendwie der Verteidigung des American way of life diene ... Nachdem man dann einmal angetreten ist, den Kommunismus in Asien zu bekämpfen, wird das amerikanische Volk schließlich gezwungen sein, mit den Völkern Asiens Krieg zu führen. Diese amerikanische Aggression in anderen Teilen der Welt wird von einer wachsenden Tendenz zu einem antikommunistischen Autoritarismus innerhalb der Vereinigten Staaten selbst begleitet sein, den seine Opfer Faschismus nennen werden und der uns am Ende vielleicht unmöglich machen wird, Diskussionen zu führen, die heute noch geduldet sind.“

Ersetzen wir „Kommunismus“ durch „Terrorismus“, so haben wir eine Prognose, die heute so aktuell ist wie vor sechzig Jahren und uns die Frage stellt: Wie können wir den Amerikanern ihre Angst vor der Zukunft nehmen?

Abschied vom Öl jetzt

von **Wolfgang Pomrehn**

Die moderne Industriegesellschaft ist ohne Kohle und Erdöl undenkbar. Der größte Teil der Energie, die für industrielle Zwecke verwendet wird, stammt aus diesen Quellen, und auch die Landwirtschaft ist heute ohne Öl kaum möglich. Diese Abhängigkeit von einer endlichen Ressource ist fatal: Die Erdöl-Förderung wird vielleicht schon in zehn Jahren nicht mehr den wachsenden Bedarf decken können. Die Folge wäre ein erheblicher Anstieg des Ölpreises, was ohne weiteres eine große Weltwirtschaftskrise auslösen könnte. Hinzu kommt ein weiteres Schreckensszenario: Die Verbrennung von Erdölprodukten und Kohle reichert Treibhausgas in der Atmosphäre an, die das globale Klima gefährlich verändern.

Noch ist Zeit, eine allzu drastische Erwärmung aufzuhalten, aber die Zeit wird knapp. Energieeinsparungen und Umstellungen auf erneuerbare Energiequellen müßten so rasch wie möglich vorangetrieben werden. Wir erleben jedoch etwas anderes: Automobil- und Ölindustrie halten den Wandel auf, wo sie nur können, finanzieren Desinformationskampagnen. Sie versuchen, internationale Klimaschutzabkommen zu torpedieren oder hintertreiben erfolgreich strengere Abgasnormen. Der Grund ist klar: Die einen wollen ihr Geschäft machen, so lange es geht, den anderen winken bei Verknappung besonders hohe Profite. Doch mit dem Mangel steigt auch die Gefahr von Verteilungskämpfen. Der Krieg gegen den Irak könnte erst der Anfang gewesen sein. Noch viel brenzlicher könnte es in Zentralasien werden, wo russische, US-amerikanische, chinesische, indische und EU-Interessen aufeinander stoßen. Je länger wir uns mit dem Abschied vom Öl Zeit lassen, desto extremer wird der Klimawandel ausfallen und desto größer wird die Gefahr neuer Kriege.

Die Heuchelei zweier Regierungen

von **Ulla Jelpke**

Die frühere Bundesregierung von SPD und Grünen hält sich heute noch ihr Nein zum Irak-Krieg von Bush und Blair zugute. In Wahrheit war es mit einer Distanz zu den USA nicht weit her. Agenten des BND halfen unmittelbar vor Ort in Bagdad der „Koalition der Willigen“ bei der Durchführung ihres völkerrechtswidrigen Angriffskriegs. Rot-Grün gestattete die Nutzung von US-Militärbasen in der BRD und unterstützte damit unmittelbar die Aggressoren. Die weitere Beteiligung am Krieg in Afghanistan hat der Bundestag mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der Linksfraktion, beschlossen.

Ein besonders erschreckendes Beispiel für Doppelzüngigkeit und Heuchelei stellt der Fall von Murat Kurnaz dar. Der Skandal begann im Januar 2001, kurz nachdem der 19-jährige Bremer in Pakistan grundlos festgenommen und wohl wegen eines Kopfgeldes an die US-Amerikaner ausgeliefert wurde. Diese hatten gegen ihn keine Beweise in der Hand. Das Bundeskriminalamt lieferte jedoch dem FBI „Erkenntnisse“, die hauptsächlich aus Verleumdungen und vagen Anschuldigungen vom Hörensagen bestanden. Kurnaz wurde nach Guantánamo verschleppt und dort grausam gefoltert.

Nach dieser Vorgeschichte hätten die deutschen Behörden allen Anlaß gehabt, die sich im Oktober 2002 bietende Gelegenheit zu nutzen, den Bremer aus dieser Hölle herauszuholen. Aber die „Präsidentenrunde“ im Kanzleramt erklärte ohne ausreichende Beweise Kurnaz zum „Gefährder“ und veranlaßte eine Einreiseperrre gegen ihn. Zwei Mitarbeiter des BND und ein anerkannter Islamismus-Experte des Bundesamtes für Verfassungsschutz hatten hingegen nach zweitägigen Befragungen von Kurnaz übereinstimmend festgestellt, daß er kein Extremist und kein Terrorist sei.

Mit ihrem Verhalten haben sich SPD und Grüne zu Komplizen der US-amerikanischen Politik gemacht und de facto an dem von Präsident Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ samt den dabei benutzten rechtswidrigen Methoden beteiligt. Die Promoter dieser US-hörigen Haltung, Frank-Walter Steinmeier (SPD, damals Kanzleramtsminister) und Joseph Fischer (Grüne, damals Außenminister), sind bis heute nicht bereit, ihre Fehler einzugestehen. Aber auch die jetzige Kritik von CDU und CSU ist heuchlerisch, denn die Union verlangte stets noch mehr Abbau von Bürgerrechten, und die jetzige Kanzlerin Angela Merkel war zu jedem Kotau gegenüber Bush stets bereit.

Norman Paech ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag **Wolfgang Pomrehn** ist freier Journalist und ZgK-Redakteur **Ulla Jelpke** ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion die Linke im Bundestag



Das G-8-Treffen in Heiligendamm Provokation und Pleite

von Winfried Wolf

Der Ort, an dem sich Anfang Juni die sieben wichtigsten westlichen Staats- und Regierungschefs und der russische Präsident zum G-8-Gipfel treffen, und die Art, wie sich dort das Gruppenbild mit Dame zusammenfindet, haben einigen Symbolwert.

Heiligendamm rühmt sich, „Deutschlands erstes Seebad“ zu sein. Die Frage lautet: War Heiligendamm im Jahr 1793, als Mecklenburgs Großherzog Friedrich Franz I. diesen Anspruch begründete, und in den Jahren danach, wirklich das Seebad der Nation? Tatsächlich war es – die DDR-Zeit ausgenommen – immer ein exklusiver Ort der Herrschenden und der Wohlhabenden, von dem die gewöhnliche Bevölkerung weitgehend ausgeschlossen war.

Und so ist es auch beim G-8-Gipfel. Die Staats- und Regierungschefs der G 8 rühmen sich, „den Gipfel der Welt“ zu repräsentieren. Doch die G-7-G-8-Treffen waren von Anfang an, so bereits beim ersten Treffen am 15. bis 17. November 1975 im Schloss Rambouillet bei Paris, eine arrogante Anmaßung. Denn in den G-7- bzw. in den G-8-Staaten leben gerade mal 12 bis 15 Prozent der Weltbevölkerung. Das kommende Treffen der G 8 in Heiligendamm ist bereits deshalb eine Provokation, weil die VR China nicht am Treffen beteiligt wird, obgleich in diesem Land ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt und obgleich China im Welthandel im Jahr 2006 auf Rang drei rückte und damit dicht hinter den USA und Deutschland und noch vor Japan rangiert.

Die Staats- und Regierungschefs der G 8 werden beim Gipfel im Juni ein Communiqué verabschieden, in dem die Verantwortung der Staatengemeinschaft für den Frieden beschworen wird. Doch Millionen Menschen in der Welt sehen gerade diese Runde als einen Verschwörerclub an, der den Weltfrieden bedroht. Und so werden diese sieben Herren und diese eine Dame in Heiligendamm nur deshalb einigermaßen in Ruhe tagen können, weil sie von den Protesten Zehntausender strikt abgetrennt werden, weil um den Tagungsort herum ein 12 km langer Sicherheitszaun errichtet wurde, den 16.000 Polizisten und Soldaten beschützen und wofür die Steuerzahlenden mit 120 Millionen Euro belastet werden.

Die Protestierenden haben recht, wenn sie das Stelldichein in Heiligendamm als den „Gipfel der Ungerechtigkeit“ und wenn sie die Her-

ren und die Dame, die sich dort besprechen, als „masters of war“ bezeichnen, als Leute, die die Militarisierung der Welt betreiben. Denn welche Art friedfertige Gemeinschaft trifft sich dort?

Da sind die Herren George W. Bush und Anthony Blair, der US-Präsident und der britische Premier: Diese sind hauptverantwortlich dafür, daß der Irak, die Wiege der Zivilisation, in Terror, Trümmern und Elend versinkt.

Da ist der kanadische Ministerpräsident Stephen Harper, der seine Regierung in enger Verbundenheit mit derjenigen von George W. Bush sieht und, wie er es nennt, „eine aktive Rolle im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ spielt, u.a. mit der Beteiligung am Nato-Krieg in Afghanistan.

Da ist der Chef der italienischen Linksregierung, Romano Prodi: Dieser hat vor wenigen Wochen ein Vertrauensvotum im Parlament verloren. Die Mehrheit im Parlament und die Mehrheit in der Bevölkerung sind gegen Prodis Zusage, daß das US-Militär den Stützpunkt in Vicenza massiv ausbauen darf und dagegen, daß noch mehr italienische Truppen nach Afghanistan entsandt werden.

Da ist der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe: Dieser will Japan eine neue Verfassung geben und damit die nach dem Zweiten Weltkrieg gewählte Verfassung, die auf den Pazifismus verpflichtet und jegliche Auslandseinsätze japanischer Militärs verbietet, aushebeln. Shinzo Abe ist ein Nationalist, der schon oft den Yaasukuni Schrein besuchte und dort den Massenmördern huldigte, die für die japanische Kriegführung im Zweiten Weltkrieg verantwortlich waren.

Da ist der französische Staatspräsident Jacques Chirac, – dann zwar nicht mehr im Amt – der jüngst erklärte, der Abwurf einer Atombombe auf Teheran sei „kein Problem“. Die französische Regierung hat, ähnlich wie die britische, jüngst beschlossen, das Atomwaffenpotential zu modernisieren und massiv

auszubauen. Dabei verlangt der Atomwaffensperrvertrag, auf den sich all diejenigen berufen, die das iranische Atomprogramm kritisieren, eine allgemeine atomare Abrüstung.

Da ist der russische Präsident Wladimir Putin: Seine Regierung ist mitverantwortlich für den unmenschlichen Krieg, der in Tschetschenien geführt wird

Und schließlich ist da Kanzlerin Angela Merkel. Sie hat erklärt, sie werde „den Werten der Nation mit freundlichen Worten und mit Marschflugkörpern dienen“. Sie trat bei den Münchner Sicherheitskonferenzen 2006 und 2007 in ausgesprochen scharfmacherischer Weise gegen den Iran auf und zog Parallelen zwischen der iranischen Rüstung und den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft. Damit propagierte sie indirekt einen Angriffskrieg. Frau Merkel hat maßgeblich dazu beigetragen, daß der militärische Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan deutlich erweitert wurde und daß ab Mitte April deutsche Tornado-Flugzeuge direkter Bestandteil der militärischen Angriffe auf echte oder vermutete Taliban-Kämpfer sind. Während die Kanzlerin und ihr Außenminister Steinmeier auf diese Weise einen wirksamen Beitrag dafür leisten, daß es auch hierzulande zu terroristischen Aktionen kommen kann, bereitet ihr Innenminister Schäuble einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren vor.

Eine Weltmacht sind die G-8-Staaten ohne Zweifel in Sachen Rüstung. Von den gesamten Rüstungsausgaben in der Welt entfallen rund 50 Prozent auf die USA, weitere knapp 20 Prozent auf die G-8-Staaten Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien. Die japanischen Rüstungsausgaben machen 5 Prozent der weltweiten aus und die russischen 3 Prozent. Zusammen ergeben die Rüstungsausgaben der G-8-Staaten rund 75 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben. Nochmals: In diesen Ländern leben nur 15 Prozent der Weltbevölkerung.

Richtig: In Heiligendamm wird zwar viel zum Thema Krieg geredet. Dort wird auch versucht werden, eine gemeinsame Politik zu entwickeln, wie gegen den Iran auch militärisch vorgegangen werden kann. Doch es handelt sich natürlich vor allem um einen Weltwirtschaftsgipfel. Im Abschlusscommuniqué des G-8-Gipfels werden wir wegweisende Worte über die Stabilität und Solidität der Weltwirtschaft finden. Bereits die regelmäßigen Beben an den Weltbörsen und die hochriskante Finanzierung des US-amerikanischen Konsumbooms über



G8+ in Schottland 2006

Choreografie des

13. - 15. April III. Internationale Aktionskonferenz (www.heiligendamm2007.de)

- 1. Juni Wiederbesiedelung des Bomben- und Aufräumbereichs mit politischer Stadthafen Rostock
- 2. Juni Internationale Demonstration, Abschlussveranstaltung (www.g8-alternative-summit.de)
- 3. Juni Internationale Netzwerktreffen, Aktionstag „Globale Landwirtschaft in M-V“ (www.g8-landwirtschaft.de)
- 4. Juni Migrationspolitischer Aktionstag, Demonstration vor der Ausländerbehörde
- 5. Juni Eröffnung des Alternativ-/Gegengipfels (www.g8-alternative-summit.de), Aktionstag gegen Militarismus, Zustand mit Blockaden; Beginn (www.g8andwar.de, www.blockaid.org)
- 6. Juni Fortsetzung des Alternativ-/Gegengipfels, Blockaden der Infrastruktur der Region (www.blockaid.org)
- 7. Juni Blockaden der Infrastruktur der Region, Ende des Alternativ-/Gegengipfels, Sternmarsch auf Heiligendamm
- 08. Juni Abschlussdemo in Rostock

Über den gesamten Zeitraum wird es verschiedene Projekte geben. Der Rostocker Künstler Grönemeyer wird von seinem Management mit der Choreografie beauftragt. Es wird am 7. Juni im Rostocker I

US-Anleihen, die überwiegend von der Zentralbank in Peking aufgekauft werden, sind Indizien für die Labilität der internationalen Ökonomie. Diese kann jeder Zeit einen Kollaps erleiden.

Womit wir wieder den Ort des Treffens in Augenschein nehmen sollten. Denn die Weltwirtschaft ist ein ähnlich solides Gebäude wie der Tagungsort, das Grand Kempinski Heiligendamm. Die Fundus-Kapitalgruppe hat das Hotel einschließlich der sieben Villen am Ostseeufer, auch als „Perlenkette“ bekannt, 1996 für lächerliche 16 Millionen Euro erhalten. Sie kassierte sodann 50 Millionen Steuermittel aus EU-Töpfen, von denen jedoch nur ein Teil in die Sanierung des eigentlichen Hotelgebäudes floß. Die klassizistischen Villen läßt man verfallen. Im Vorfeld des G-8-Gipfels wurde bereits eine Villa abgerissen – um Platz für die Pressetribüne mit den Journalisten zu schaffen. Die Villen stehen unter Denkmalschutz. Doch es heißt: „Der Investor hat den Denkmalschutz aufheben lassen.“ Das hätte man zu Kaisers Zeiten nicht autoritärer formuliert. Doch der Höhepunkt scheint nach dem Gipfel zu kommen: Das gesamte Projekt Hotel Heiligendamm soll aufgegeben werden. Der Investor bzw. die Rendite sind offenbar nicht hoch genug.

Das allerdings dürfte dann einmalig und symptomatisch für den modernen Kapitalismus sein: Ein G-8-Gipfel als Eröffnungsveranstaltung für den Konkurs.



Protestes:

ferenz in Rostock

odroms (www.g8andwar.de)
ischem Kulturprogramm im

, politische Kultur auf der Bühne der
.heiligendamm2007.de)

n
schaft" mit Aktionen zur Feldbefreiung
ft.net)

tag „Für globale Bewegungsfreiheit“ mit
rderbehörde Rostock (www.no-lager.de)

engipfels
org)

s, Krieg, Folter und globalen Ausnahme-
n des Alternativ-/Gegengipfels
ck-g8.org)

egengipfels
es G-8-Gipfels auf Straßen und Wegen
g, www.block-g8.org)

es G-8-Gipfels

ofels
m

ne kulturelle Beiträge mit bekannten und weni-
en. Das oftmals genannte Konzert von Herbert
information der Protestvorbereitung selbststän-
GA-Park stattfinden.

Protestaktion „Jedes Ziel ein Zuhause“ Die Wiederbesiedelung des Bombodroms

von Monty Schädel

Vom 5. bis 7. Juni werden die Regierungschefs der USA, Kanadas, Rußlands, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und Japans der Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel folgen und in das 270 Einwohner zählende Ostseebad Heiligendamm zur jährlichen Konferenz der sogenannten Gruppe der G-8 zusammenkommen. Da diese acht Herrschaften nicht nur für die auf der Welt geführten Kriege verantwortlich sind, sondern auch für Umweltzerstörung, Flucht und Vertreibung, Armut und Hunger, provozieren ihre Treffen förmlich Protest. Seit Monaten bereiten sich bundesweit Gruppen unterschiedlicher Spektren und mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten gemeinsam auf den Protest gegen den Gipfel in Heiligendamm vor.

Auch die Friedensbewegung bringt sich aktiv in die Protestvorbereitungen ein und wird mit mehreren Aktionen auf die Kriegspolitik der sich „friedlich“ am Ostseestrand versammelnden Regierungschefs hinweisen. Den Auftakt bildet am 1. Juni eine Aktion zur Wiederbesiedelung der Kyritz-Ruppiner-Heide. Das auch unter dem Namen „Bombodrom“ bekannte 142 km² große Gelände, 80 km nordwestlich von Berlin und 120 km südlich von Rostock, will die Bundeswehr seit dem Abzug der Roten Armee Anfang der 90er Jahre für Boden-Luft-Übungen nutzen (bombardieren). Durch 15-jährigen Widerstand der Anwohner mit gerichtlichen Verfügungen und Aktionen des zivilen Ungehorsams konnte dies bisher verhindert werden. Da das Gebiet jedoch

das größte zusammenhängende militärische Übungsgelände auf dem europäischen Kontinent sein könnte, wird nichts unversucht gelassen, damit es doch noch zum Üben für den Krieg genutzt werden kann. Unterstützung bei ihrer Aktion im Bombodrom erhalten die Friedensaktivisten durch Teilnehmer mehrerer Karawanen von Erwerbslosen, Flüchtlingen und anderen Aktivisten, die nach mehrwöchigen Touren aus unterschiedlichen Regionen Europas auf ihrem Weg nach Heiligendamm in der Heide einen Zwischenstopp einlegen und auf die Zusammenhänge von Krieg, Sozialabbau, Vertreibung und Flucht hinweisen werden.

Die Wiederbesiedelung der Heide unter dem Motto „Jedes Ziel ist ein Zuhause“ findet statt in Ablehnung an die von der Bundeswehr seit einiger Zeit aufgestellten sogenannten Zielpyramiden, auf die im militärischen Übungsfalle die Bomben möglichst zielgenau durch die Flugzeuge abgeworfen werden sollen. Die Aktiven der Friedensbewegung werden Pyramiden als Häuser/Unterstände bauen, nutzen und in das Gelände bringen. So soll nicht nur das Gelände wieder durch Menschen zum Leben erweckt, sondern auch die Anonymität der Ziele von Bombardements aufgehoben werden. Kampfflieger haben heute zwar Präzisionswaffen an Bord, so daß sie (angeblich) zielgenau treffen können, dabei jedoch nicht mit dem Leid als Folge ihres Handelns konfrontiert werden. Da jede Bombe Zerstörung zur Folge hat und nur im „optimalen“ Falle dabei keine Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden, wollen die Aktiven diese Anonymität beenden – Krieg

ist kein Computerspiel ohne Folgen: Jedes Ziel ist ein Zuhause!

Im Vorfeld dieser Aktion sollen dazu rosa-weiße-Pyramiden entstehen, die an die Opfer der Kriege und die Übungen dafür erinnern. In unterschiedlicher Form und unterschiedlicher Größe können Pyramiden in Vorgärten und auf Spielplätzen, auf Schreibtischen und auf Computern, als Schlüsselanhänger und einfach überall erscheinen und so ein bundesweites Zeichen gegen Krieg und das Üben dafür werden.

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK und Koordinator des Rostocker Bündnisses zur Vorbereitung der Proteste gegen den G-8-Gipfel 2007. Weitere Kontakte und Inhalte: www.heiligendamm2007.org; www.friedenskooperative.de; www.sichelschmiede.org; www.block-g8.org

Der Protest ist dringend auf Unterstützung angewiesen. Neben vielen unterschiedlichen aktionsbezogenen Konten können Unterstützungszahlungen für das regionale G-8-Bündnis in Rostock auf das Konto der DFG-VK Mecklenburg-Vorpommern eingezahlt werden: DFG-VK M-V bei der Raiffeisenbank Mecklenburgische Seenplatte; Kt.-Nr. 1643908; BLZ 150 616 18. Benötigt werden auch Computer, Papier, Druckkapazitäten, Kopierer, Handys, Zelte, Versorgungskapazitäten, Aggregate, Bühnen ... und auch persönliche handwerkliche und organisatorische Hilfen. Angebote bitte an rostock@heiligendamm2007.org oder im Paket oder persönlich im G-8-Protest-Informationsbüro in der Hermannstraße 36, 18055 Rostock.



Blockade des größten Fliegerhorstes in Nordeuropa Willkommen in Rostock-Laage!

von Rosa Wohlgemuth

Der auf den ersten Blick so unscheinbar wirkende Flughafen Rostock-Laage ist vielen nur als Startpunkt ihres Urlaubs bekannt. Weniger geläufig ist die Tatsache, daß er sich zu einer zunehmend wichtigen militärischen Drehscheibe entwickelt. Bereits heute ist Laage der größte Fliegerhorst Nordeuropas. Die Eurofighter, mit denen auf dem Bombodrom in der Freien Heide in Nordbrandenburg (siehe Beitrag oben) der Luft-Boden-Krieg geübt werden soll, sind hier stationiert. Die Bedeutung des Standortes im weltweiten Sicherheitsregime zeigt sich z.B. auch daran, daß er während des NATO-Gipfels im November 2006 in Riga als Stützpunkt für die Luftüberwachung genutzt wurde. Die zivile Luftfahrt wurde erst im Jahr 2002 durch einen Nutzungsvertrag mit der Bundeswehr ermöglicht, die den zuvor von der NVA genutzten Stützpunkt 1990 übernommen hatte. Diese Mitnutzung eines militärischen Flughafens ist in

Deutschland in dieser Form einzigartig. Sie führt sogar dazu, daß die zivile Flughafengesellschaft wegen der Anwesenheit des Militärs mit einem erhöhten Sicherheitsstandard in Zeiten globaler Bedrohungs- und Terrorszenarien wirbt.

Wenn im Juni 2007 Tausende von G-8-Gegnern in die Region rund um Heiligendamm fahren, wird dem Flugplatz Rostock-Laage mit seinem heiteren Billigurlaubsgesicht und seiner tödlichen militärischen Seite die Aufmerksamkeit zuteil, die ihm gebührt. Getreu dem von vielen Globalisierungskritikern formulierten Anspruch, sich nicht an der offiziellen Agenda des Gipfels abzuarbeiten, sondern statt dessen eigene inhaltliche Akzente zu setzen, findet am 5. Juni im Rahmen des Aktionstages gegen Militarismus, Krieg, Folter und globalen Ausnahmezustand eine Blockade der NATO-Basis statt, die von den meisten G-8-Delegationen zur Anreise genutzt werden soll.

Die Szenerie ist von so hoher Symbolkraft, daß sie sich die G-8-Gegner selbst nicht hätten besser

ausdenken können: Die G-8-Staaten greifen immer unverhohlener auf die kriegerische Option zur Aufrechterhaltung der bestehenden Weltordnung zurück. Die von ihnen dominierte Welt ist eine Welt der Kriege, der Armut und Ausbeutung, des weltweiten Angriffs auf soziale und demokratische Rechte, der fortwährenden Umweltzerstörung und der im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen den Terror“ praktizierten Politik der Entrechtung und der Folter. Darüber können auch Alibi-Beschlüsse zum Schuldenerlaß für Afrika nicht hinwegtäuschen.

Wenn also das Führungspersonal der mächtigsten Staaten der Welt auf einem halb zivil, halb militärisch genutzten Flugplatz landet, um anschließend hinter Sicherheitszäunen verschanzt darüber zu beraten, wie die Welt so bleiben kann, wie sie ist, produzieren sie genau die Bilder, die sie in ihren Hochglanzkommunikés zu verwischen suchen. Egal, wie ihre Rhetorik klingen mag, die Panzer sind im Hintergrund geparkt und im Zweifelsfall wird gern auf sie zurückgegriffen.

Am Aktionstag bietet sich die Gelegenheit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Erstens verdeutlicht die Blockade des Flughafens den G-8-Kriegstreibern, daß sie nicht willkommen sind. Zweitens erbringt sie gleichzeitig den Nachweis, daß militärische Infrastruktur auch im Alltag angreifbar ist. Wie wird das konkret aussehen? Rund um den Flughafen gibt es den ganzen Tag Programm: in Laage-Kronskamp vor dem Tor zum Fliegerhorst, an der zivilen Flughafeneinfahrt bei Weitendorf sowie in Friedrichshof, unweit vom Flughafengelände und wichtigen Zufahrtsstraßen. Alle Formen von Protest und Widerstand werden auf dem weiträumigen Gelände ihren Platz haben. Ob Blockaden an den Eingängen oder auf den umliegenden Straßen, ob bunte Luftballons oder Bolzenschneiderballett, ob Begrüßungskomitee auf dem Rollfeld oder künstlerische Umwidmungen von militärischen Anlagen aller Art – die Protest- und Aktionsformen werden die Breite des Widerstands deutlich machen.

Rosa Wohlgemuth lebt in Potsdam. Sie beteiligt sich an der Vorbereitung der G-8-Aktionstage am Bombodrom und in Rostock-Laage

NS-Terrortruppe als Vorbild für KSK Das Bekenntnis von Ex-Kommandeur Günzel

von Ulrich Sander

Seit 19. März stehen 18 Ausbilder der Bundeswehr vor dem Landgericht Münster. Sie haben fiktive Geiselnahmen geprobt, ihre Untergebenen gequält, gefesselt und mit Stromstößen malträtirt. Drei Jahre wurde das Verfahren verschleppt; Richter zeigten sich geneigt, der Bundeswehr den Prozess zu ersparen. Folter und Sadismus sind in der Bundeswehr an der Tagesordnung, seit sie in Kriege verwickelt ist. Eine Spezialeinheit wie das Kommando Spezialkräfte (KSK) führt derartige Praktiken im Einsatz aus. Damit hat sich ihr früherer Kommandeur Reinhard Günzel jetzt mit einer Buchveröffentlichung gerühmt. Der ehemalige Brigadegeneral, der 2003 wegen seiner Solidaritätsbekundung mit dem antisemitischen Ex-CDU-MdB Martin Hohmann entlassen wurde, hat gemeinsam mit Ulrich K. Wegener und Wilhelm Walther „Geheime Krieger“ im extrem rechten „Pour le Merite“-Verlag herausgegeben. Darin bekennen sie sich zu den „Brandenburgern“ als militärisches Vorbild für KSK und GSG 9 (Bundesgrenzschutzeliteinheit).

Die Division „Brandenburg“ unterstand der Abwehr der Wehrmacht, das heißt, vor allem General Reinhard Gehlen („Fremde Heere Ost“). Die „Brandenburger“ bereiteten schon vor Beginn des Krieges die Aufstellung von Einheiten vor, die entgegen den Vorschriften des internationalen Rechts in den Uniformen des Gegners kämpfen sollten. Die Abwehrabteilung II „Diversion und Sabotage“ des Spionagedienstes der Wehrmacht bildete die „Brandenburger“-Kader aus. Im Krieg warb diese Division Kriegsgefangene zum Kampf gegen ihr Land an oder zwang sie mit Gewalt in ihren Dienst, der auch aus Terroranschlägen und Attentaten bestand. 1945 stellte sich Gehlen mit all seinen Archivalien und vielen Mitarbeitern – darunter Kriegsverbrecher der „Brandenburger“ – den US-Amerika-

nern zur Verfügung und baute in den 50er Jahren den Bundesnachrichtendienst auf.

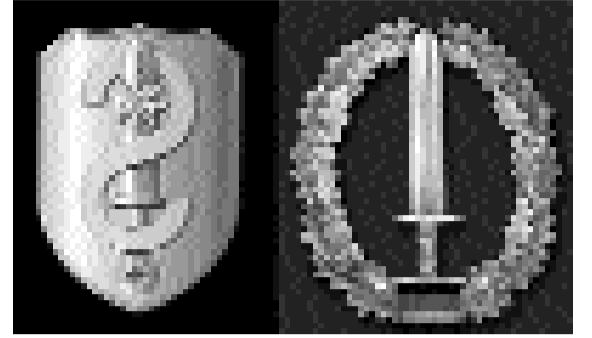
Erster Kommandeur des im Geheimen agierenden und offensichtlich das Völkerrecht mißachtenden Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr wurde Reinhard Günzel. Er kam von den Fallschirmjägern und war Gebirgsjägerkommandeur in Schneeberg/Sachsen. An-

Der Bundeswehrverband besprach „Geheime Krieger“ in seiner Verbandszeitschrift freundlich und kritiklos. Unwiderrspochen bleibt Günzels Satz in dem Buch: „Die Kommandosoldaten wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen“, die Einsätze der Division „Brandenburg“ gälten „in der Truppe als geradezu legendär“. Und Generalmajor a.D. Ulrich Wegener, der einst die Antiterror-

einheit des Bundesgrenzschutzes, GSG 9, befehligte und 1977 die Erstürmung der entführten Lufthansa-Maschine „Landshut“ anführte, betont in dem Buch, Kameradschaft und Korpsgeist ließen sich „von den «Brandenburgern» studieren“.

Günzels Mitwirkung an „Geheime Krieger“, und damit sein Bekenntnis, das KSK auf Wehrmachtsskurs gedrillt zu haben, hat in der Bundeshauptstadt für einige Aufregung gesorgt, wenn auch keine sehr große.

Bei der Entlassung von Günzel aus der Bundeswehr vor gut drei Jahren hatte die Friedensbewegung zu Recht erklärt, damit sei es längst nicht getan. Zu fragen ist nicht nur nach den Spuren Günzels im KSK, sondern nach den bleibenden Einflüssen von einem Offizier, der sich unumwunden auf das Vorbild einer faschistischen Terrortruppe



Emblem der „Division Brandenburg“ (links) und der KSK (rechts)

bezieht. Das von Günzel als erstem geführte Kommando Spezialkräfte, das seit Jahren an undurchsichtigen Kampfhandlungen in Afghanistan beteiligt ist, hat sich inzwischen zu einer „Elitetruppe“ der Bundeswehr mit eigener „corporate identity“ entwickelt. Die Friedensbewegung muss ihre Forderung vom Herbst 2003 bekräftigen: sofortige Auflösung des KSK und öffentliche Untersuchung der NS-Wehrmachtseinflüsse auf die Bundeswehr.



Deutsche Elitesoldaten im 2. Weltkrieg...



... und in Afghanistan 2006

gehörige dieses Jägerbataillon 517 drehten im Frühjahr 1997 in Hammelburg rassistische Videos mit Gewalt- und Naziszenen.

Günzel bekennt in „Geheime Krieger“ – wie er sagt „freimütig“ – die „Brandenburger“ seien ein Vorbild für das KSK. Was er in dem Buch schreibt, klingt wie NPD-Propaganda. Günzel zielt auf einer eigenen Ansprache vor dem KSK im April 2001: Das Ritterkreuz, höchste militärische Auszeichnung des NS-Regimes, sei „aufgrund der beispiellosen Leistungen unserer Väter“ zu einem „weltweit höchstgeachteten Symbol geworden“. Dazu paßt, daß der älteste Autor des Buches, Wilhelm Walther, Ex-SS-Stabschef beim Mussolini-Befreier Otto Skorzeny und Ex-Oberstleutnant der „Brandenburger“, noch heute stolz das Ritterkreuz trägt. In seinem Buchbeitrag gibt er unumwunden zu, die meisten Einsätze der „Brandenburger“ seien vom damaligen Kriegsvölkerrecht nicht gedeckt gewesen.



Ex-KSK-Kommandeur Reinhard Günzel

-Anzeige-

Advertisement for Ossietzky magazine, featuring the title 'Ossietzky' and a small image of a person.

Bürgerkriegsarmee nimmt Gestalt an Ein klarer Verfassungsbruch

von Ulrich Sander

Das von der Bundesregierung beschlossene „Weißbuch der Bundeswehr“ sieht eine Zunahme der präsenten Mannschaftsstärken und der Aufgaben der Truppe vor. Vor allem ist zusätzlich der Einsatz im Innern der Republik geplant. Zur Zeit gibt es 195.000 Zeit- und Berufssoldaten, 27.000 freiwillig Längerdienende und 37.000 Grundwehrdienstleistende. 10.000 Soldaten und Soldatinnen sind im „Auslandseinsatz“. Künftig sollen Millionen von weiteren ehemaligen Bundeswehrosoldaten und früheren gemusterten Wehrpflichtigen ständig einsatzbereit sein; im Februar 2005 hatte der Bundestag auf Initiative von „Rot-Grün“ eine Neuordnung der Reserve der Bundeswehr beschlossen. Darin wurde das Alter, in dem Wehrpflichtige auch Reservisten sind, von 45 auf 60 Jahre angehoben. Im Spannungs- und Notstandsfall sollen auch die Reservisten herangezogen werden, die neue Wehrdienstform „Hilfeleistung im Inland“ wurde dafür geschaffen.

Erste Schritte zum neuen „Heimatschutz“ gab es bereits im vergangenen Sommer, als zur Fußball-Weltmeisterschaft 7000 Soldaten abkommandiert wurden, ausgerüstet mit Fuchs-Panzern und anderem nichtpolizeilichem Gerät. Ohne eine gesetzliche und grundgesetzliche Regelung werden jetzt weitere Schritte vorbereitet, so die Unterstellung von Polizisten unter das Verteidigungsministerium für Einsätze im Innern wie im Ausland. Dies und die

von der Bundeswehrführung geforderte Ausbildung der Soldaten als Polizisten würde den Einsatz der Truppe als Bürgerkriegsarmee ermöglichen. Zudem



werden Polizisten, Soldaten, Geheimdienstmitarbeiter und Technisches Hilfswerk künftig als „sicherheitspolitische Akteure“ zusammengefaßt.

Auch auf kommunaler Ebene passiert einiges: Der Einsatz von Bundeswehrrservisten, Feuerwehr sowie Technischem Hilfswerk wird koordiniert und neu organisiert. In Dortmund beispielsweise leitet ein Oberstleutnant, im Zivil-

beruf Pfarrer und Klinikseelsorger, die „ehrenamtliche“ Territorialarmee. Er und seine zwölf Stellvertreter haben schichtweise Alarmbereitschaft und

müssen im Ernstfall innerhalb von 30 Minuten vom „ehrenamtlichen“ Offizier zum Hauptamtlichen werden können. Die jeweiligen Landeskommandos können insgesamt 31 Bezirks- und 426 Kreisverbindungskommandos in Bewegung setzen, die den Stadtverwaltungen und Regierungsbezirken „zur Seite“ gestellt werden. Geleitet werden sie ausschließlich von der Bundeswehr. Mit zunächst 5.500 hauptamtlichen Dienstposten starten diese Inlandskommandos im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ). Dabei geht es nicht nur um Katastrophen-Einsätze, sondern auch um Anti-Terror-Einsätze.

Bis 2009 ist zusätzlich auf Bundesebene geplant, neun spezialisierte Bataillone aus dem Sanitätsbereich und fünf Pioniereinheiten sowie zwei Spezialstützpunkte für die ABC-Waffen-Abwehr zu schaffen, alles im Rahmen der ZMZ. Die Bundesländer sollen diese Einheiten anfordern können. Ein erster großer Einsatz steht bereits in diesem Sommer bevor: Inspekteur und Vizeadmiral Kühn teilte mit, die Bundeswehr stehe „im Notfall für eine Unterstützung beim G-8-Gipfel im Juni in Heiligendamm bereit.“ Man bereitet sich also auf die geplanten Protestkundgebungen vor.

Ulrich Sander ist Journalist und Buchautor sowie Bundessprecher der VVN-BdA

Deutsche Dominanz in der Europäischen Union Merkel will EU-Verfassung retten

von Tobias Pflüger

Bundeskanzlerin Angela Merkel will während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Fahrplan vorlegen, wie der EU-Verfassungsvertrag, der in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, doch noch durchgesetzt werden kann. Es gehe um die „Handlungsfähigkeit der Europäischen Union“, betonte Merkel. Der Vertrag soll bis zur nächsten Wahl zum Europaparlament im Juni 2009 in allen EU-Staaten ratifiziert werden. Dabei wird inzwischen selbst der Begriff Verfassung fallengelassen. EU-Parlamentpräsident Hans-Gert Pöttering sagte der Wochenzeitung „Das Parlament“: „Wenn es der Lösung dienlich ist, daß der Begriff nicht mehr Verfassungsvertrag ist, sondern er vielleicht Vertrag für die Zukunft Europas heißt, wäre das auch in Ordnung.“ Auf jeden Fall solle man aber den Inhalt des Vertragswerks retten – vielleicht, so Vorschläge von CDU bis Grünen – ergänzt um eine unverbindliche Sozialcharta.

Warum wollen die allermeisten EU-Akteure den gescheiterten Vertrag retten, auch gegen die Referenden in Frankreich und den Niederlanden? Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: 1. Der EU-Verfassungsvertrag bietet andere, für die großen Mitgliedsstaaten deutlich vorteilhaftere, Entscheidungsmechanismen. Das Kerneuropakonzept würde damit de facto eingeführt. 2. Der EU-Verfassungsvertrag bietet den EU-Eliten die Möglichkeit, die Europäische Union zu einem militärisch basierten weltweiten imperialen Akteur zu machen.

EU und NATO sollen sich ergänzen

Im EU-Verfassungsvertrag sind eine ganze Reihe von Festlegungen für eine Militarisierung der Außenpolitik der Europäischen Union enthalten. Das ist neben der Festschreibung der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Art. 177, 178) die inhaltliche Kernsubstanz des Vertrages. Das Europäische Parlament stellte am 9. Dezember 2004 - analytisch richtig - im sogenannten Corbett Mendez de Vigo-Bericht fest: „Die meisten Fortschritte gewährt die Verfassung im spezifischen Bereich der Gemeinsamen Sicherheitspolitik.“ Neben dem berühmten-berichtigten Artikel I-41(3), der eine Aufrüstungsverpflichtung festschreibt, („Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“) gibt es weitere zentrale Festschreibungen einer neuen Militärpolitik der EU: im Artikel III-309 die so genannten Petersberg-Aufgaben, die es bisher schon gab, festgeschrieben und ergänzt durch weitere militärische Optionen der Europäischen Union, sogenannte militärische Abrüstungsmaßnah-

men. Damit ist gemeint, daß mit militärischen Mitteln der EU andere Staaten „abgerüstet“ werden sollen.

Außerdem ist im EU-Verfassungsvertrag die Regelung enthalten, daß Unterstützung für Drittländer geleistet wird „bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ Mit dem Verfassungsvertrag soll die sogenannte Rüstungsagentur auf vertragliche Beine ge-

minister Frank-Walter Steinmeier, der in einem Beitrag zur sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz in der „Süddeutschen Zeitung“ geschrieben hatte: „NATO und EU haben einen legitimen Platz in der Sicherheitsarchitektur von heute. Sie sind keine Konkurrenten, sondern ergänzen sich. Nur gemeinsam, im Verbund von NATO und EU, können Europa und Nordamerika ihre Vorstel-

ritätsklausel in der EU festgeschrieben. Dieser militärische Beistand geht sogar über den militärischen Beistand der NATO hinaus.

Eine Option für die EU-Eliten

Die wohl wichtigste Neuregelung des Verfassungsvertrages im Militärbereich ist aber die „Strukturierte Zusammenarbeit“. Sie beinhaltet, daß einzelne Mit-

im Kongo finanziert werden. Es handelt sich dabei explizit nicht um einen EU-Haushalt. Andere ESVP-Missionen werden sogar über den Entwicklungsfonds (mit)-finanziert.

Daß es bei der Etablierung des EU-Verfassungsvertrages insbesondere um die Militärpolitik geht, zeigt auch eine gemeinsame „Schriftliche Erklärung“ von Ende 2006 von Elmar Brok, Nicole



stellt werden. Im Artikel I-41(2), der in der französischen Debatte eine wichtige Rolle gespielt hat, wird der NATO eine Rolle im EU-Verfassungsvertrag eingeräumt. Es wird darauf verwiesen, daß die EU-Militärpolitik völlig kompatibel sein muß mit der NATO-Politik. Der stellvertretende NATO-Generalsekretär Martin Erdmann kündigte im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung eine noch engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO an, die über die bisherige Berlin-Plus-Vereinbarung weit hinausgehe. Ganz im Sinne von Außenmi-

lung von Sicherheit glaubwürdig in die Welt projizieren.“

Im Artikel III-304 wird festgehalten, daß das Europäische Parlament im Bereich der Außen- und Militärpolitik lediglich „auf dem Laufenden“ gehalten werden muß. Eine Entscheidungsgewalt zu diesem Themenbereich gibt es für das Europäische Parlament nicht. Artikel III-376 regelt, daß der Europäische Gerichtshof ebenfalls nicht zuständig ist für den Bereich der Außen- und Militärpolitik. Ebenfalls im Artikel I.43 wird eine sogenannte militärische Solida-

gliedsstaaten der Europäischen Union, die, „untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind“, militärisch voraushen können, und die anderen Mitgliedsstaaten haben nur die Chance einer sogenannten konstruktiven Enthaltung. Im Militärbereich, wo weitestgehend das Einstimmigkeitsprinzip gilt, bezieht sich dies also bezüglich der „Strukturierten Zusammenarbeit“ nur auf die Länder, die an dieser auch teilnehmen. Die sogenannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sieht 19 (offiziell 13) Battle-Groups (Schlachttruppen) à 1.500 Soldaten vor sowie das European Rapid Reaction Corps mit 60.000 Soldaten. Wenn einzelne Staaten gemeinsame militärische Aktionen durchführen wollen und dafür das Votum vom Ministerrat bekommen, liegt die Durchführung ausschließlich in den Händen derjenigen, die an den Aktionen teilnehmen. Die anderen können sich nur konstruktiv enthalten. Das ist die Festschreibung eines militärischen Kerneuropas. Es ist völlig klar, wer diese Option hauptsächlich in Anspruch nehmen wird: Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

In meiner Arbeit im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments habe ich noch einen weiteren wesentlichen Grund erfahren, warum für eine Militarisierung der EU der Verfassungsvertrag so bedeutend ist: Der geltende Nizza-Vertrag verbietet einen eigenständigen Militärhaushalt. Derzeit wird bei der Finanzierung der Militäreinsätze vielfach getrickelt: Es gibt den sogenannten ATHENA-Mechanismus; hier zahlen die EU-Mitgliedsstaaten Geld in einen Topf, aus dem dann die Einsätze z.B. in Bosnien oder

Fontaine, Bronislaw Geremek, Jo Leinen und Ínigo Méndez de Vigo, die die EU zu einer „Union der Außenpolitik, der Sicherheit und der Verteidigung“ machen wollen. In der Erklärung heißt es: „... ist der Auffassung, daß sie in jedem Fall aus folgenden Instrumenten bestehen sollte: einem europäischen Außenminister, Vizepräsident der Kommission, der von einem europäischen diplomatischen Dienst sowie einem stellvertretenden Minister für Verteidigung unterstützt wird; integrierten Botschaften und Konsulaten; einer gemeinsamen Rüstungspolitik und einer gemeinsamen Programmfinanzierung; gemeinsamen Verteidigungskräften, die in der Lage sind, der Europäischen Union die echte Fähigkeit zu autonomem Handeln zu verleihen; (...) ist der Auffassung, daß der Entwurf des Verfassungsvertrages einen wichtigen Schritt in diese Richtung darstellt“.

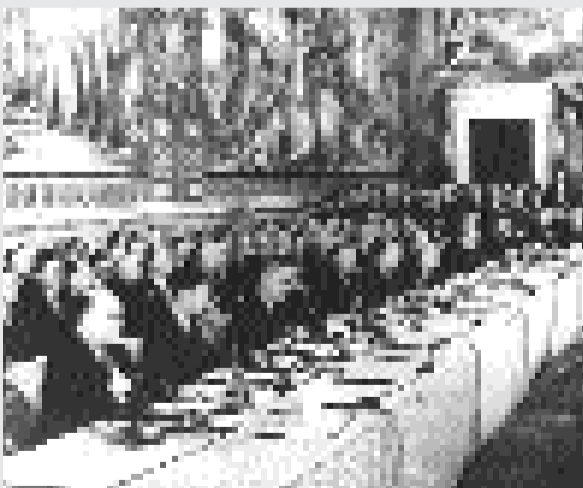
Wer nun den Vorschlag macht, den Verfassungsvertrag mit Streichung des Artikels 41(3) und des Teiles III zu akzeptieren, der akzeptiert alle genannten Regelungen der Militarisierung. Der EU-Verfassungsvertrag muß vollständig abgelehnt werden. Damit das große Fest zu 50 Jahren Römische Verträge kein Leichenschmaus wird, ist eine (neue) Kampagne gegen den EU-Verfassungsvertrag notwendig, die genau zu dem Zeitpunkt wirksam wird, wenn die deutsche Ratspräsidentschaft ihren Fahrplan präsentiert, am 27. Juni. Dabei müssen alle linken und friedensbewegten Kräfte zusammenarbeiten.

Tobias Pflüger ist Mitglied der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament

Die Römischen Verträge

Die Römischen Verträge wurden am 25. März 1957 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet. Mit dem Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, EWG, und dem Vertrag für eine Europäische Atomgemeinschaft, EURATOM, bildeten sie zwei wesentliche Bestandteile der späteren Europäischen Gemeinschaften.

Die Verträge waren ein erster Schritt zur Errichtung eines europäischen Wirtschaftsraumes. Ein zweites Ziel sah die EWG als Beitrag zur funktionellen Errichtung eines politischen Europas in Richtung einer umfassenden europäischen Integration. In dieser Kontinuität stehen die Verträge von Maastricht (1992), Amsterdam (1997) und Nizza (2001).



Der Vertrag über eine Verfassung für Europa (2004) soll die geltenden Verträge bis auf den Euratom-Vertrag aufheben und durch einen einzigen Verfassungsvertrag ersetzen.

Die neue EU-Verfassung sollte am 1. November 2006 in Kraft treten. Referenden in Frankreich und in den Niederlanden verhinderten dies.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft unter Kanzlerin Merkel will Ende Juni einen Fahrplan vorlegen, wie das Vertragswerk doch noch in Kraft treten kann und zwar bis zu den Europawahlen 2009. Die geplante Verfassung sieht vor allem eine weitere Militarisierung der Europäischen Union vor (siehe nebenstehenden Beitrag). Bereits die „Berliner Erklärung“ anläß-

lich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge fordert die neue vertragliche Grundlage für die EU.

Intellektuelle wollen Öffnung des Irans Ein Kampf um die Freiräume

von Heike Hänsel

Teheran ist wie viele andere Metropolen der Welt geteilt in den reichen Norden und den armen Südtel der Stadt. Im Süden leben zwei Drittel der Einwohner der 15 Millionen-Stadt in Armenvierteln. Die Analphabetenquote ist hoch, die Arbeitslosigkeit liegt bei bis zu 50 Prozent. Gewalt und steigender Drogenkonsum durch vermehrtes Heroinangebot aus Afghanistan prägen den Alltag. In den Armenvierteln hat Präsident Ahmadinedschad seine meisten Wählerstimmen bekommen, verbunden mit der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Jahren mit einer korrupten politischen Führungsspitze.

Mittlerweile sind diese Hoffnungen enttäuscht. Die soziale Situation der Bevölkerung hat sich auch nach zwei Jahren unter einer neuen Regierung trotz gestiegener Öleinnahmen des Staates nicht verbessert. Ein umfassendes Arbeits- und Sozialprogramm gibt es auch weiterhin nicht. Ahmadinedschad versucht stattdessen, mit Außenpolitik von seinen innenpolitischen Versäumnissen abzulenken. So berichten die großen Tageszeitungen in großer Aufmachung über den Atomstreit mit den USA und Israel.

Viele Iraner haben die obskure "Holocaust-Konferenz" im Dezember 2006 in Teheran abgelehnt; sie sprechen von einer "Horror-Konferenz", die den Iran international blamiert und weiter isoliert habe. Es sind vor allem die Studierenden, Intellektuellen und Kulturschaffenden, die auf eine Öffnung des Landes drängen und auf Unterstützung aus Europa hoffen. Die Deutsch-Sprachkurse der Deutschen Botschaft in Teheran sind

überbelegt, viele Studierende würden gern an eine Universität in Deutschland oder in einem anderen europäischen Land gehen, doch nur wenige erhalten ein deutsches Visum. Die Vergabepaxis

so kleine Freiraum wird deshalb sofort genutzt und um seine Ausdehnung gekämpft.

Auch Shirin Ebadi, die iranische Friedensnobelpreisträgerin und Juristin,

Gerade in der schwierigen politischen Situation und der international organisierten Isolation des Irans seien solche Initiativen überlebenswichtig: "Wir brauchen eine Öffnung unseres Landes,

störung aus. Aktivistinnen der Umweltgruppe "Green Outlook Supporters", die mit mehr als 3.000 Unterstützern allein in Teheran sowohl gegen die Luftverschmutzung als auch gegen abgereichertes Uran und die Anwendung von Atomenergie kämpfen, zeigten großes Interesse an gemeinsamen Projekten mit Deutschland im Bereich der regenerativen Energien. Eines jedoch betonten alle Gesprächspartnerinnen und -partner: Die Entscheidung über das iranische Energiesystem sei eine Frage der nationalen Souveränität, die kein anderer als



Festnahme während der großen Studentenproteste in Teheran 2005

Teheraner Holocaust-Konferenz mit Folgen

Vierzig Forschungseinrichtungen aus Europa und Nordamerika haben den Kontakt zum iranischen Institut für Politische und Internationale Studien (IPIS) abgebrochen und laufende Projekte ausgesetzt. Das IPIS hatte die umstrittene Holocaust-Konferenz der iranischen Regierung im Dezember 2006 in Teheran organisiert. Das Treffen stieß international auf scharfe Proteste, weil dort etliche Leugner des Mords an sechs Millionen Juden während des Nationalsozialismus auftraten. Auch Irans Präsident Ahmadinedschad hat die Ermordung wiederholt in Frage gestellt. Auf der Konferenz behauptete er erneut, der Massenmord werde als Propaganda und Rechtfertigung für neue Kriege benutzt.

Die Holocaust-Konferenz löste auch unter den iranischen Juden große Betroffenheit aus. Ihre Gemeinde protestierte dagegen, wie der Vorsitzende Jaschajai in einem „Spiegel“-Interview berichtete. In einem Brief der Gemeindeglieder an Ahmadinedschad schrieben sie, mit der Leugnung des Holocaust könne der Präsident keinen Vorteil für die iranische Nation, für die Gemeinschaft der Muslime oder die Lage der Palästinenser erzielen. Eine Antwort auf ihren Brief bekam die Jüdische Gemeinde nicht. Sie will nicht ausschließen, daß das Verhalten des Präsidenten eine antisemitische Welle im Iran auslösen wird.

- Anzeige -

Besuchen Sie uns im Inter-

www.oekosozialismus.net,

der Bundesregierung ist viel zu restriktiv.

Während unserer Iran-Reise stand im Teheraner Theater "Der Tod eines Handlungsreisenden" von Arthur Miller auf dem Spielplan. Im Rahmen eines zweiwöchigen Kulturfestivals an der Universität der Hauptstadt fand eine Aufführung als "rhythmische Bewegung" statt, eine kleine Sensation, erst seit einem Jahr erlaubt: Männer und Frauen, die sich gemäßigt tanzend über eine Bühne bewegen. Öffentliches Tanzen ist im Iran nicht erlaubt. Jeder noch

kämpft dafür. Unter schwierigen Bedingungen setzt sie sich für die Verbesserung der rechtlichen Situation von Frauen ein. Sie hat ein "Referendum" mitinitiiert: "1 Million Unterschriften für die Gleichstellung der Frau in der iranischen Gesetzgebung". Dafür demonstrierten anlässlich des Internationalen Frauentags in Teheran zahlreiche Frauen; viele wurden von Polizeikräften verhaftet und mißhandelt. Ebadi forderte bei einem Treffen mit unserer Delegation mehr Unterstützung und Austausch von Friedensgruppen aus Deutschland.

die zivilgesellschaftlichen Gruppen müssen gestärkt werden, damit nicht dasselbe passiert wie im Irak während der Sanktionen: die totale kulturelle, wissenschaftliche und politische Isolation der Bevölkerung." Ebadi regte eine iranische Kulturwoche in Berlin/Stuttgart an, für die sie auch die Schirmträgerschaft übernehmen würde.

Auf einer Frauenfriedenskonferenz Anfang Januar in Teheran sprachen sich zahlreiche Frauenaktivistinnen für den Widerstand gegen Krieg, Gewalt gegen Frauen, Frauenarmut und Umweltzer-

die iranische Bevölkerung selbst zu entscheiden habe. Und sie warnten eindringlich vor einem Militärschlag gegen den Iran: "Wir wollen unser Land demokratisieren und weiterentwickeln und nicht in die Steinzeit zurückgebombt werden", war die zentrale Botschaft. Dafür brauchen sie Unterstützung.

Heike Hänsel war im Januar 2007 mit einer Delegation der Gesellschaft Kultur des Friedens in Teheran. Informationen zur Unterschriftenkampagne und der Kulturwoche gibt es unter: www.kulturdesfriedens.de; Heike

Dokumentiert

US-Schlag gegen den Iran schon zu Ostern?

Auszüge aus der russischen Zeitung „Argumenty Nedeli“

MOSKAU, 19. März (RIA Novosti). Die Militäraktion der USA gegen den Iran wird in der ersten Aprilwoche, knapp vor dem diesjährigen Ostern... stattfinden, der in den moslemischen Ländern ein arbeitsfreier Tag ist, schreibt die russische Wochenzeitung „Argumenty Nedeli“ unter Berufung auf russische Militärexperten...

Die Attacke solle 12 Stunden lang, von vier Uhr morgens bis 16 Uhr (Ortszeit), dauern. Bei der Operation, die die Kodebezeichnung „Bite“ (Biss) bekommen hat, werden rund 20 Objekte angegriffen, u. a. Urananreicherungscentrifugen sowie Forschungszentren und -labors, so das Blatt. Der erste Reaktorblock in Bushehr, an dem russische Fachleute bauen, solle dabei verschont bleiben. Es sollen das Luft-



abwehrsystem bekämpft, mehrere iranische Kriegsschiffe im Persischen Golf versenkt und die wichtigsten Führungsstellen der iranischen Streitkräfte vernichtet werden.

Die Schläge sollen u. a. von der im Indischen Ozean gelegenen Insel Diego Garcia aus geführt werden: Von dort sollen B-52-Bombenflugzeuge mit Flügelraketen starten. Darüber hinaus sollen sich die Fliegerkräfte von den Flugzeugträgern an dem Angriff beteiligen, die sich derzeit im Persischen Golf befinden bzw. zur im Mittelmeer stationierten 6. US-Flotte gehören. Weitere Flügelraketen sollen von U-Booten abgeschossen werden, die im Stillen Ozean und vor der Küste der Arabischen Halbinsel kreuzen.

Mit diesem Schlag solle Irans Nuklearprogramm gleich um mehrere Jahre zurück versetzt werden. Eine logische Folge davon wäre ein Anstieg der Ölpreise auf 75 bis 80 Dollar pro Barrel, und zwar für eine längere Zeit.

US-Führungskommando Afrika in Stuttgart

Im Wettlauf um das Öl



von Thomas Mitsch

In einer sich verändernden Welt kommt Afrika eine neue Bedeutung hinsichtlich für Amerika relevanter Fragen wie Energie, Terrorismus und Handel zu“, so der ehemalige US-Botschafter in Nigeria, Princeton Lyman. Afrika ist gegenwärtig zwischen dem European Command (EUCOM) und dem Central Command (CENTCOM) aufgeteilt, zu dem auch der Nahe Osten gehört. Mit der AFRICOM-Zentrale, die zunächst in den Kelly-Baracks in Stuttgart-Möhringen agieren wird, errichtet das US-Verteidigungsministerium ein eigenes Einsatzführungskommando für den afrikanischen Kontinent. Das Afrika-Kommando (AFRICOM) wird die fünfte US-Kommandozentrale für eine bestimmte Region mit einem Vier-Sterne-General an der Spitze. Mit den bereits bestehenden 5 US-Kommandozentralen, NORTHCOM (Nordamerika), SOUTHCOM (Mittel- und Südamerika), EUCOM (Europa, Rußland und bislang der größte Teil Afrikas), CENTCOM (Nahe und Mittlerer Osten einschließlich Afghanistan und der zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken sowie Nordostafrika) und PACOM (Pazifik, einschließlich China), verfügen die US-Streitkräfte dann über insgesamt sechs Regionalkommandos.

Militäreinsätze koordinieren

„Das Africa Command wird unsere Bemühungen verstärken, den Menschen in Afrika Frieden und Sicherheit zu bringen und unsere gemeinsamen Ziele von Entwicklung, Gesundheit, Bildung, Demokratie und wirtschaftlichen Fortschritt in Afrika voranzutreiben“, betonte US-Präsident George W. Bush, am 06.02.2007, in Washington. Um militärische Einsätze auf dem Kontinent besser koordinieren zu können und im Hinblick auf das befürchtete Erstarken des Terrornetzwerks Al Kaida in Afrika, wollten die USA ein neues Einsatzführungskommando einrichten. Das neue Kommando, so Bush, werde die Sicherheitszusammenarbeit verbessern und neue Möglichkeiten zur Stärkung der afrikanischen Partner bieten. Vor dem Streitkräfteausschuß im Senat sagte Verteidigungsminister Robert Gates, das neue Einsatzführungskommando werde eine „leistungsfähigere Herangehensweise“ erlauben als die derzeitige Regelung, bei der die Zuständigkeit für Afrika zwischen dem Europa-Kommando und dem vor allem für den Nahen Osten zuständigen Zentralkommando (CENT-

COM) der US-Armee aufgeteilt wurden. Dieses sei „eine überholte Einrichtung, die noch aus dem Kalten Krieg übrig ist“.

Erklärungsnot in Berlin

Daß Stuttgart als Basis für das AFRICOM ausgesucht wurde, lag nahe, da schon bisher der größte Teil der Afrika-Angelegenheiten der amerikanischen Streitkräfte über Stuttgart bzw. über das Hauptquartier EUCOM in Stuttgart-Vaihingen, koordiniert wurde. Stuttgart beherbergt als einer von nur zwei Standorten weltweit zwei Oberkommandos und ist der einzige Standort mit zwei Oberkommandos außerhalb der USA. Von hier erfolgt die Koordination von Truppenbewegungen in 91 Staaten in Europa und Teilen Afrikas sowie von Übungen und Einsätzen von 120.000 Soldaten. Die baden-württembergische Landeshauptstadt steigt also zu einem der weltweit wichtigsten Militärstandorte der USA auf. Gleichzeitig bedeutet das AFRICOM neben einer eventuell tatsächlich steigenden Terrorgefahr auch eine erhöhte geheimdienstliche Tätigkeit im Umkreis der Basis und dem Umfeld der zivilen Angestellten. Die Region Stuttgart wird so weiter militarisiert. Wenn zudem amerikanische Strukturen in Deutschland als Durchgang für den Transport von Gefangenen zu Gefängnissen außerhalb der Vereinigten Staaten und Europas genutzt werden, gerät die Bundesregierung in Erklärungsnot, da sie diese Gefangenenlager deutlich kritisiert hat.

Ein lohnender Absatzmarkt

Ökonomisch gesehen ist Afrika für die USA sehr bedeutend, da es trotz Armut über großen Rohstoffreichtum verfügt. Außerdem gilt es als großer Absatzmarkt für die kommenden Jahrzehnte, und in solchen Fällen haben sich gesicherte Verhältnisse für hegemoniale Mächte schon immer als äußerst lohnenswert erwiesen. Hauptkonkurrent im Wettlauf um Afrika ist China, das die Beziehungen zu vielen afrikanischen Staaten in den letzten Jahren bereits erheblich erweitert hat. Es geht um Erdöl und Gas. Das Handelsvolumen zwischen China und Afrika wird auf 50 Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Selbst Konsumgüter wird der ehemals kommunistische Staat hier los. China zahlt darüber hinaus große Summen an Entwicklungshilfe. Daneben schlossen chinesische Firmen schon bei dem China-Afrika-Gipfel in Peking im November 2006 Investitionsabkommen mit elf afrikanischen Staaten in Höhe von

knapp zwei Milliarden Dollar ab. Damals sagte der äthiopische Regierungschef Meles Zenawi zu den neuen Verhältnissen: „China hat heute mehr Mittel zur Hand, um Afrika bei der Überwindung seiner ökonomischen Schwierigkeiten zu helfen und hat bereits einen spürbaren Einfluß auf Afrikas wirtschaftliche Zukunft.“ Langfristig droht Afrika jedoch die Gefahr, in der Rohstoff-Falle gefangen zu werden. Die Rohstoffe eigenständig zu verarbeiten, wird immer schwieriger. Das sehen inzwischen auch afrikanische Kritiker so. Auf dem Weltsozialgipfel in Nairobi 2007 fragte der kenianische Sozialwissenschaftler Isaac Mbeche daher kritisch: „Will die chinesische Regierung eine ernsthafte Partnerschaft mit den Ländern Afrikas, oder will sie nur Afrikas Rohstoffe ausbeuten?“

Weniger abhängig vom Persischen Golf

Schätzungen über die Ölvorkommen in Afrika bewegen sich zwischen 40 und 100 Mrd. Barrel, letzteres wäre in etwa so viel wie im Irak, womit der Region inzwischen eine erhebliche Bedeutung zukommt. So gab der Nationale Geheimdienst der USA das strategische Ziel aus, im Jahr 2015 rund 25 statt der gegenwärtigen 16 Prozent des US-ame-

rikanischen Öl-Bedarfs durch Importe aus Afrika zu decken. Auch die unter Aufsicht von Vizepräsident Dick Cheney verfaßte „Nationale Energiepolitik“ geht davon aus, daß „Westafrika eine der am schnellsten wachsenden Öl- und Gasquellen für den amerikanischen Markt darstellen wird.“ Diesem wirtschaftlich-strategischen Interesse durch amerikanische Truppen vor Ort Nachdruck zu verleihen, liegt nahe - zumal dieses Öl einen wichtigen Beitrag zur Schwächung der OPEC leisten könnte. Dies wiederum würde zur Reduzierung der amerikanischen Abhängigkeit vom Persischen Golf führen. Zwei Ziele, die spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ganz oben auf Washingtons Prioritätenlisten stehen. Afrikanisches Öl soll somit helfen, den Ölpreis dauerhaft zu senken, was auf einer Konferenz des US-Außenministeriums offen ausgesprochen wurde: „Westafrika ist die aussteuernde Produktionsregion, die es den Ölfirmen erlaubt, ihre Produktionskapazitäten anzuheben, um die weltweit fluktuierende Nachfrage zu befriedigen.“

Seit den Terroranschlägen auf New York und Washington hat die US-Regierung ihre militärische Präsenz in Afrika, besonders in Ländern der Sahelzone, am Horn von Afrika und in etwas geringe-

rem Umfang auch in den westafrikanischen Ländern mit großen Erdöl- und Erdgasvorkommen ausgebaut. In der Sahelregion wurden im Rahmen der sogenannten Trans-Sahara-Initiative zur Terrorbekämpfung (TSCI) mit Washington sympathisierende Regierungen vom EUCOM aus mit Dutzenden von USAusbildern und mit Millionen USDollar für den Kauf von Waffen und anderem militärischen Gerät bedacht. Der Kongreß hat dem Programm für die nächsten sechs Jahre rund 500 Millionen Dollar zugewilligt. Es konzentriert sich auf mutmaßliche Operationsbasen von Al-Kaida-Mitgliedern in Algerien, Mali, Mauretanien, Marokko, Niger, Nigeria, dem Tschad und Senegal. Der gegenwärtige Hauptmilitärstandort der US-Armee in Afrika wurde 2002 in Djibouti, am Horn von Afrika, gegründet. Von hier aus können die USA eine strategische Kontrolle über das Seefahrtgebiet, durch das ein Viertel der Weltölproduktion gelangt, ausüben. Djibouti liegt außerdem in der Nähe der sudanesischen Ölpipeline.

Thomas Mitsch ist Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen

- Anzeige -

The collage features a hammer with the text "DEN HAMMER SCHMIEDEN" (The hammer is being forged) written on it. Below the hammer is a newspaper clipping with the headline "Lange Welt" (Long World) and other text, including "Präsident Bush" and "60000 Autos für die junge Welt".

Washingtons neue Strategie Mit Vollgas in die Sackgasse

von Joachim Guilliard

Auch im vierten Jahr der Besetzung haben sich die Lebensbedingungen im besetzten Irak in allen Bereichen weiter verschlechtert, vor allem explodierte die Gewalt in unvorstellbarem Ausmaß. Allein in Bagdads Leichenschauhäuser werden monatlich über 2.000 Gewaltopfer eingeliefert, 70 bis 100 jeden Tag. Nach einer wissenschaftlichen Studie vor Ort, die in der britischen Fachzeitschrift The Lancet veröffentlicht wurde, waren bis Juni 2006 bereits ca. 650.000 Iraker durch den Krieg und die durch die Besetzung geschaffenen Bedingungen ums Leben gekommen. Über 600.000 von ihnen starben eines gewaltsamen Todes, wobei sich die Zahl jedes Jahr fast verdoppelte.

Im Westen werden mittlerweile die Iraker selbst für die Misere verantwortlich gemacht. Die eigentliche Ursache, der US-geführte Überfall auf das Land und die verheerende Besatzungspolitik, wird systematisch ausgeblendet. Schließlich schuf die Auflösung von Armee und Polizei das Vakuum, in dem sich kriminelle und religiös motivierte Gewalt erst entfalten konnte. Doch nicht „Aufständische“ und Milizen sind die Hauptquelle der eskalierenden Gewalt. Über die Hälfte aller Gewaltopfer wurden, so ein weiteres Ergebnis der Lancet-Studie, von Besatzungstruppen und irakischen Hilfstruppen getötet, ein Siebtel davon allein durch Luftangriffe. Über den tödlichen Krieg der Besatzer, die oft wochenlange Belagerung und Bombardierung ganzer Stadtviertel und Städte, wird hierzulande nicht berichtet. In den täglichen Nachrichten sieht man nur Autobomben- und Selbstmordanschläge auf Zivilisten, die das Bild eines Krieges zwischen „den Sunniten“ und „den Schiiten“ unter-

dem Bündnis der Besatzer mit extremistischen irakischen Parteien, die tatsächlich eine kurdisch-nationalistische bzw. radikal-schiitische Politik verfolgen und nun Regierung und Verwaltung sowie Armee und Sicherheitskräfte dominieren. Es stehen sich daher in erster Linie nicht Religionsgruppen gegenüber, sondern die Kräfte, die ihre Ziele im Bündnis mit der Besatzungsmacht durchzusetzen versuchen, und die, die sich dem – wie der Besatzung generell – widersetzen. Letztere sind, wie auch Umfragen immer wieder bestätigen, bei weitem die Mehrheit.

Die Empfehlungen der Baker-Kommission

Trotz brutaler „Aufstandsbekämpfung“ und eines schmutzigen Krieges gegen ihre Gegner konnten die Besatzer den Widerstand nicht in den Griff bekommen – ganz im Gegenteil. Immer größere Teile der Bevölkerung wurden dadurch erst recht in den aktiven Widerstand getrieben. Zwei Drittel aller Iraker unterstützen mittlerweile auch bewaffnete Angriffe auf Besatzungstruppen. Längst haben die Besatzungstruppen in weiten Teilen des Landes die Kontrolle verloren. Auch eine im letzten Sommer begonnene, auf die Hauptstadt konzentrierte, umfassende Offensive hatte keinen Erfolg. Ende des Jahres mußte das Pentagon eingestehen, daß die Zahl gravierender Angriffe weiter zugenommen hat, auf über 1000 pro Woche. Vor diesem Hintergrund entstand in Washington im Herbst letztes Jahres eine hektische Strategiedebatte. Besonderes Augenmerk richtete sich dabei auf die vom US-Kongreß zusammengestellte Baker-Kommission. Deren nüchterne Bestandsaufnahme entlarvte die bisherige offizielle Lagebeschreibung gründlich als reine Propaganda und wurde in Europa geradezu euphorisch begrüßt. Obwohl in vielem realistischer als die Bush-Admi-



mauern.

Vor der Besetzung hatte es jedoch keine gravierenden Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten gegeben. Sie entstanden erst mit Einführung ethnisch-konfessioneller Kriterien in die Politik und

nistration war auch sie nicht für ein Ende der Besetzung. Die Empfehlungen der mit hochrangigen Demokraten und Republikanern paritätisch besetzten Kommission zeigen vor allem eines: den gemeinsamen Willen, den Irak in einen verlässlichen Vasal-

lenstaat umzuwandeln sowie eine permanente Truppenpräsenz am Golf zur Machtprojektion aufrechtzuerhalten. Ein weiterer zentraler Punkt im Baker-Report ist die Sicherstellung eines langfristigen Zugriffs der großen Konzerne auf die Erdölressourcen des Iraks.

Die Kommission empfahl einen teilweisen Rückzug der US-Truppen in die Nachbarländer, verbunden allerdings mit dem massiven Ausbau der irakischen Armee und einer Stärkung der irakischen Regierung. Dies ist ein Ansatz, der auch von den EU-Staaten befürwortet wird. Tatsächlich werden damit jedoch genau die Parteien unterstützt, die maßgeblich zur Eskalation der Gewalt beitragen, so auch das Urteil der International Crisis Group (ICG), einer er-

hindern vorgeben“, so die ICG.

Die Säuberung der Stadtviertel

Um den Ausbau der irakischen Armee bemüht sich die Besatzungsmacht schon lange. Kernelement der von Präsident Bush im Januar dieses Jahres angekündigten neuen Strategie ist allerdings nicht der schrittweise Rückzug, sondern die Aufstockung der eigenen Kampftruppen um weitere 22.000 Mann; 17.500 davon sind für Bagdad bestimmt, wodurch sich die Truppenstärke dort verdoppeln wird. Das Hauptziel ist nach wie vor, wenigstens die Hauptstadt unter Kontrolle zu bringen. Ein Viertel nach dem anderen soll, gemäß der neuen „Clear, Hold and Build“-Strategie, zunächst von bewaffneten Gegnern gesäubert und durch den Aufbau stark befestigter Posten anschließend auch dauerhaft gehalten werden. Zum neuen Ansatz, im „Feldhandbuch für Aufstandsbekämpfung“ des neuen Oberbefehlshabers im Irak, General Petraeus, ausführlich beschrieben, gehört außerdem das Konzept der „Gated Communities“, d.h., die vollständige Abriegelung ganzer Stadtteile, wie es in Tal Afar und anderen, kleineren Städten im Norden und Westen bereits praktiziert wird. Zäune aus Stacheldraht, Erdwälle, Mauern und natürliche Barrieren beschränken dort die Ein- und Ausgänge in die Stadt auf wenige, streng bewachte Checkpoints, durch die nur Anwohner mit besonderen Ausweisen ohne weiteres Zugang haben. Das Konzept fußt auf ähnlichen Maßnahmen gegen Befreiungsbewegungen wie z.B. in Algerien und den berüchtigten „strategischen Dörfer“ in Vietnam.

Auch in den eigenen Reihen ist die Skepsis groß, ob die US-Truppen erfolgreicher sein werden als ihre Vorbilder. So witterte Senator Robert C. Byrd, daß 22.000 Soldaten keine wirkliche Änderung des Kräfteverhältnis bringen würden. Auch Zbigniew Brzezinski befürchtet, das nur noch mehr US-Truppen in blutige Straßenkämpfe verwickelt würden, ohne den anti-amerikanischen Widerstand entscheidend schwächen zu können.

Unabhängig davon, wie wenig erfolgversprechend dies nach Ansicht von Experten ist, bedeutet Washingtons Eskalationsstrategie für die betroffene Bevölkerung erneut schwere Kämpfe und eine weitere Verschärfung der Lebensbedingungen. Das Vorgehen der US-Truppen, das bewegliche Guerillaeinheiten kaum beeindruckend dürfte, richtete sich bisher vorwiegend gegen die Selbstverteidigungsstrukturen sunnitischer Viertel, die dadurch Todesschwadronen und sektiererischen Anschlägen weitgehend schutzlos ausgeliefert werden – von Übergriffen der offiziellen „Sicherheitskräfte“ ganz zu schweigen. Diese bestehen in schiitischen Vierteln vorwiegend aus Kurden und in sunnitischen Viertel aus Schiiten – meist Angehörige der regierungsnahen Milizen. Die neue Strategie wird sektiererische Gewalt daher keinesfalls – wie angekündigt – eindämmen, sondern die Bürgerkriegstendenzen weiter anheizen. Die Truppenerhöhung soll es nun auch ermöglichen, das riesige Armenviertel Sadr City mit seinen zwei Millionen Einwohnern unter Kontrolle zu bekommen. Dieses ist die Hochburg der Bewegung des einflußreichen Klerikers und Besatzungsgegner Mukta-da al-Sadr, in die sich US-Truppen bisher selten eingewagt hatten. Blutbäder bei den ersten Vorstößen blieben bisher nur deswegen aus, weil al-Sadr seine Leute angewiesen hat, sich vorerst zurückzuhalten.

Joachim Guilliard ist Autor von Büchern über den Irak

Irak-Krieg:

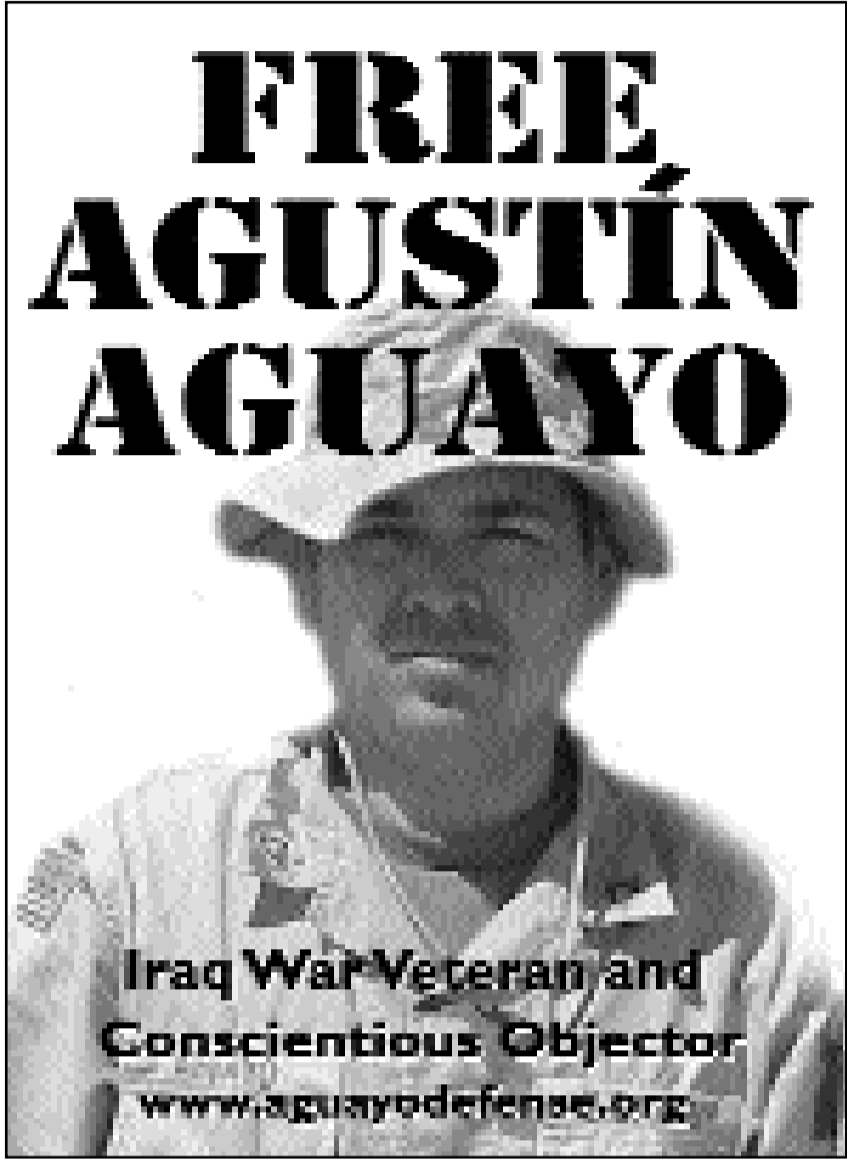
Kein Abzug – neue

Ende 2006 schien es einige Wochen lang so, als bliebe der US-Regierung ein mehr oder weniger geordneter Rückzug aus dem Irak. Die Mehrheit im Kongreß und im Senat. Der US-Präsident ließ seinen Verteidigungsminister Gates, ein Ex-CIA-Chef, galt als „fester“ „diplomatischen Lösung“, die Gespräche mit dem Iran und mit dem Ziel eines allmählichen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak plädiert. Doch dann kam alles anders. Die US-Truppenzahl wurde seither deutlich erhöht. Die US-Armee und ihrer irakischen Verbündeten im Großraum Bagdad mit einer bisher kaum gekannten Brutalität auch gegenüber der Zivilbevölkerung will die US-Regierung einen rein militärischen Sieg erzwingen. Die Offensive höchstens kurzzeitige Erfolge bringt. Gleichzeitig wächst die Flucht vor der Besatzungsmacht in einem Flüchtlingsdrama mündet: 15 Millionen Iraker befinden sich auf der Flucht. Auch in der US-Armee wachsen Demotivation und Unzufriedenheit. Unter anderem gibt es inzwischen erstmals eine größere Zahl von Desertern, die diesen Akt als Kritik am Krieg selbst begreifen.

nommierten transatlantischen Denkfabrik. Die „Steigerung der Unterstützung für einige irakische Akteure gegen andere hat die Weisheit einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Schritte, die genau den Prozeß beschleunigen werden, den sie zu ver-

Eskalation

...ierung nur noch die Möglichkeit
 Republikaner verloren die Mehr-
 idigungsminister Rumsfeld fallen.
 flexibel“ und als ein Anhänger eit-
 t Syrien einschloß. Er soll auch für
 haben.
 deutlich erhöht. Eine neue Offensi-
 Bagdad wurde gestartet. Sie wird
 ivilbevölkerung durchgeführt. Of-
 zwingen. Allerdings zeigt sich, daß
 achsen Elend und Leid in der iraki-
 ozent der irakischen Bevölkerung
 oralisierung und Widerstand – un-
 eserteuren, unter ihnen auch wel-



Der Fall des Verweigerers Agustín Aguayo

Eine deutsche Mitverantwortung

von Wolfgang Pomrehn

Anfang März wurde der 35-jährige Soldat Agustín Aguayo von einem US-Militärgericht in Würzburg wegen Fahnenflucht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Vater zweier Töchter hatte sich aus Gewissensgründen im Sommer letzten Jahres einem Einsatz im Irak widersetzt. Er wolle keine Menschen töten, hat der Sanitäter immer wieder erklärt. Bei einem ersten einjährigen Einsatz im Irak hatte er sich geweigert, seine Waffe zu laden. Wenn er sie überhaupt mit sich führte, war das Magazin leer. Den Dienst als Sanitäter hat er allerdings weiter ausgeübt.

Sein Fall wirft ein Schlaglicht auf eine wenig beachtete Seite des Irak-Krieges. Die US-Führung hat ein erhebliches Problem mit ihren Soldaten. Schon daheim mögen immer weniger US-Bürger die Lügenpropaganda ihrer Regierung schlucken, aber die US-Soldaten im Irak haben die Schnauze offensichtlich ziemlich voll. Von den im Golfstaat eingesetzten Soldaten sind laut einer Ende Februar veröffentlichten Meinungsumfrage 29 Prozent für den sofortigen Abzug und 43 Prozent für den Rückzug in spätestens einem Jahr. Die Zahl der Verweigerer und der Deserteure nimmt zu, was kaum wundern kann: Viele wurden mit windigen Versprechungen zur Armee gelockt. 13.000 US-Dollar pro neuem Rekruten läßt sich die Regierung in Washington den Werbeaufwand kosten.

Wer auf die Werber reinfällt, kommt meist aus armen Verhältnissen und handelt aus Not und mangelnder Perspektive. Mancher der Geworbenen ist Einwanderer und wird mit der Aussicht auf einen US-Paß für sich und seine Angehörigen gelockt. Oder mit dem Angebot, ein Studium finanziert zu bekommen, wie es Agustín Aguayo erging, der gerne Arzt werden wollte. Das böse Erwachen kommt später; entweder im Schrecken des Krieges im Irak oder wenn das Militär einseitig den Vertrag verlängert.

So war es auch Aguayo ergangen. Eigentlich wäre sein Vertrag zum 31. Dezember 2006 ausgelaufen. Da das Militär aber zu wenig Kanonenfutter hat, wurde er kurzerhand zwangsverpflichtet, und zwar mit offenem Ende, wie seine Unterstützer berichten. Auf mindestens September 2007 lautete der Be-

scheid. Und das, obwohl Aguayo bereits vor über zwei Jahren die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt hatte. Trotz dieses laufenden Verfahrens sollte er zum zweiten Mal in den Irak geschickt werden. Man drohte ihm, ihn notfalls in Handschellen zu seiner Einheit zu bringen. Daraufhin tauchte Aguayo, der in Mannheim stationiert war, zunächst unter, flog aber in die USA und stellte sich dort. Er sei kein Deserteur, aber sein Gewissen verbiete es ihm, Menschen zu töten. Das Militärgericht verurteilte ihn trotzdem wegen Fahnenflucht. Außerdem gibt es für ihn eine abgemilderte Form der unehrenhaften Entlassung, die dazu führen wird, daß er keine Krankenversicherung für Veteranen bekommt. Er will vor zivilen Gerichten weiter für seine Rechte kämpfen.

Der Fall Aguayo macht einmal mehr die Rolle Deutschlands im Krieg gegen den Irak deutlich. Viele der dort eingesetzten US-Soldaten waren zuvor in Deutschland stationiert. Auch Agustín Aguayo war ursprünglich nach Deutschland versetzt worden, ohne zu wissen, daß die Reise weiter gehen würde. Dahinter steckt System, wie Elsa Rassbach von den American Voices Abroad (AVA) im März auf einer Veranstaltung in Berlin berichtete. Oft würden die Soldaten, solange sie in den USA sind, über die Einsatzpläne im Unklaren gelassen. Erst nach ihrer Ankunft in Deutschland würde ihnen eröffnet, daß sie in den Irak sollen. Der Grund: In Deutschland sind sie weitgehend isoliert, fernab von Freunden und Familie, die sie unterstützen könnten. Das spielt auch bei der einseitigen Verlängerung der Verträge eine Rolle, in denen Rassbach eine Form der Sklaverei sieht. Die Bundesregierung solle sich mehr dafür interessieren, was auf den US-Stützpunkten in Deutschland geschieht. Wenn dort die Menschenrechte verletzt würden, dürfe die deutsche Regierung nicht einfach wegschauen. Die CIA würde ihre Verhö-

mit Bedacht im Ausland durchführen, weil in den USA immer zivile Gerichte die Einhaltung der Menschenrechte erzwingen können. Das sollte auch auf dem Boden der Bundesrepublik gelten, forderte Rassbach.

In einem ebenfalls im März veröffentlichten Brief hatten verschiedene Friedensorganisationen, darunter das AVA Military Project, der Kasseler Friedensratschlag und der Deutsche Friedensrat, gefordert: „Die Überprüfung der Einhaltung menschenrechtlicher Standards in US-Militäreinrichtungen gehört in den Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Nicht nur der Fall Aguayo sollte hierbei untersucht werden, sondern die deutsche Regierung muß die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards auf deutschem Boden generell auch dann garantieren, wenn es sich um US- bzw. NATO-Truppen handelt. Deutschland muß auf seiner vollen Souveränität und seinem Recht bestehen, regelmäßig die entsprechenden Informationen einzuholen, um sicherzustellen, daß die USA hierzu deutsche und internationale Rechtsstandards einhalten.“ Mehr Infos unter <http://www.aguayodefense.org> und <http://guerreroazteca.org>



Flüchtlingsdrama

Knapp vier Millionen Iraker gelten nach Angaben der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR als Flüchtlinge. Zwei Millionen sind bereits in andere Länder geflüchtet, die meisten von ihnen in die Nachbarländer Jordanien und Syrien. Weitere 1,7 Millionen befinden sich innerhalb des Landes auf der Flucht. Von den 26 Millionen Einwohnern sind insgesamt rund 15 Prozent Flüchtlinge. Für 2007 werden nochmals deutlich höhere Zahlen erwartet. Als Ursachen für die Flucht werden die Ausweitung des Terrors, die miserable öffentliche Versorgung und die extrem hohe Arbeitslosigkeit genannt. Gonzalo Vargas Llosa von der UNHCR äußerte: „Ich bin mir nicht sicher, ob es irgendwo in Afrika eine Krise mit vier Millionen Flüchtlingen gibt. Doch das irakische Flüchtlingsdrama findet nicht die Öffentlichkeit, die erforderlich wäre.“ Die US-Regierung hat seit Kriegsbeginn 2003 exakt 463 irakische Flüchtlinge aufgenommen. Saudi-Arabien beschloß, entlang der Grenze zum Irak einen 900 Kilometer langen Zaun zu bauen, um Flüchtlinge abzuwehren.

Mehr fürs Militär im neuen US-Haushalt

Im Februar 2007 präsentierte US-Präsident Bush den Plan für den Haushalt 2008 (das Haushaltsjahr beginnt im Oktober 2007). Danach sollen die US-Militärausgaben auf 481 Milliarden US-Dollar ansteigen. Zusätzlich soll das US-Militär im laufenden Jahr 93 Milliarden US-Dollar und 2008 142 Milliarden US-Dollar für die Kriege im Irak und in Afghanistan erhalten. Ein Posten zur Gegenfinanzierung dieser Mehrausgaben lautet: In den nächsten fünf Jahren sollen Kürzungen in Höhe von 78 Milliarden US-Dollar bei den Ausgaben für die Krankenversicherung von Armen und Senioren erfolgen.

Kosten des Irak-Kriegs

Die führende US-Tageszeitung „New York Times“ brachte im Januar einen Vergleich der Irak-Kriegskosten mit anderen Ausgaben der öffentlichen Hand. Danach kostet der Irak-Krieg derzeit jährlich 200 Milliarden US-Dollar. Die Ausgaben für Menschen ohne Krankenversicherung liegen bei der Hälfte, bei 100 Milliarden US-Dollar, die Ausgaben für Vorschulerziehung bei 35 Milliarden US-Dollar (oder einem guten Sechstel der Irak-Kriegskosten). Für die Krebsforschung werden jährlich 6 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Die hohen Kosten für den US-Krieg im Irak setzen sich laut „New York Times“ wie folgt zusammen: „120 Milliarden US-Dollar als direkte Militärausgaben; die zusätzlichen Kosten ergeben sich aus zukünftigen Zahlungen für die Kranken- und Invalidenversicherung der Veteranen, aus den Kosten zum Wiederaufbau des Militärs nach dem Krieg und aus den Kosten für den angestiegenen Ölpreis als direktes Resultat des Krieges“.

„Schwere Jungs“ in US-Army

Die US-Armee ist seit Ende des Vietnam-Krieges eine Freiwilligen-Armee. 1,4 Millionen Soldaten arbeiten für Geld und ohne direkten Zwang in der Armee. „It's my job“ – das ist meine Arbeit“ ist zu einer Standard-Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Kriegshandwerks geworden. Der Irak-Krieg macht es allerdings immer schwieriger, ausreichend viele neue Soldaten zu rekrutieren. Deshalb senkt das Pentagon von Jahr zu Jahr die vorgeschriebenen Eingangsvoraussetzungen. Vorbefristete „schwere Jungs“ als neue US-Soldaten waren vor kurzem noch tabu. Nach einem Bericht des WDR-Korrespondenten Carsten Schmieder wurden 2006 „allein mehr als 8000 „schwere Jungs, – Betrüger, Diebe oder vorbestrafte Schläger – als neue GIs angenommen“.

Neue US-Atomwaffen

Im Februar 2007 äußerte sich US-General James Cartright auf der Jahrestagung der US-amerikanischen Atomwissenschaftler in San Francisco in ungewohnter Offenheit über die weiteren Pläne der US-Militärs hinsichtlich der atomaren Bewaffnung. Cartright ist Befehlshaber von Stratcom, dem unter anderem für strategische Nuklearwaffen und für die Raketenabwehr zuständigen Kommandozentrum der US-Regierung. Notwendig sei die Herstellung eines neuen Typs atomarer Gefechtsköpfe, der ab dem Jahr 2012 die bisherigen atomaren Sprengsätze ersetzen werde. Dazu müsse die erlahmte Atomwaffenindustrie der USA wieder „in Gang gebracht“ werden, schließlich habe man „seit 2002 keine neuen atomaren Gefechtsköpfe mehr erzeugt“. Ab 2012 würden dann neue Gefechtsköpfe „vom Band laufen“, mit denen die atomaren Trident-Raketen „neu bestückt“ würden. Um „dem Terrorismus zu begegnen“, benötige man „neue Überlegungen, wie Abschreckung funktioniert“. All das heißt: In Zukunft sollen Atomwaffen nicht nur als Abschreckung dienen. Sie sollen konkret in Kriegen eingesetzt werden, weswegen die Schwelle für ihren Einsatz gesenkt und Sprengsätze entwickelt werden, die als „taktische Atomwaffen“ und „Mini-Nukes“ verharmlost werden.

Groß-Demo in Vicenza

Am 17. Februar demonstrierten in der italienischen Stadt rund 100.000 Menschen gegen den Ausbau der dortigen US-Basis. Die italienische Linksregierung unter Romano Prodi hatte im Januar einem solchen Ausbau zugestimmt – die Zahl der bisher in Vicenza stationierten knapp 3000 US-Soldaten soll auf 4500 erhöht werden. Ein Teil der GIs wird aus den US-Stützpunkten in Bamberg und Schweinfurt abgezogen. Die Demonstration richtete sich auch gegen die US-Kriege im Irak und in Afghanistan.

Kurz nach der Manifestation verlor die Regierung Prodi eine Vertrauensabstimmung im Parlament, worauf die Regierung ihren Rücktritt ankündigte. Doch Italiens Präsident beauftragte Prodi erneut mit der Regierungsbildung.

In Italien erreicht der Antikriegs-Protest immer breitere Teile der Bevölkerung. So brachte im Februar ein Mailänder Richter den weltweit ersten Prozeß wegen der umstrittenen CIA-Gefangenentransporte auf den Weg. Er erhob Anklage gegen 26 mutmaßliche CIA-Agenten, denen die Entführung des Terrorverdächtigen Abu Omar zur Last gelegt wird. Der Richter beantragte die Auslieferung der CIA-Mitarbeiter bei der US-Regierung.

von Tariq Ali

Es ist sechs Jahre her, daß die von der UNO unterstützte Besetzung Afghanistans durch die NATO begann, ein gemeinsames Projekt der USA und der EU. Am 26. Februar dieses Jahres versuchte ein Selbstmordattentäter der Taliban US-Vize-Präsident Dick Cheney zu töten, als er den „sicheren“ US-Luftwaffenstützpunkt in Bagram besuchte, der einst in einem anderen Krieg ein ähnlich sicherer sowjetischer Stützpunkt gewesen war. Zwei US-Soldaten und ein Söldner starben, ebenso zwanzig weitere Menschen, die im Stützpunkt arbeiteten. Allein dieser Vorfall hätte dem US-Vize-Präsidenten das ganze Ausmaß des Afghanistan-Debakels vor Augen führen sollen.

Die Aufständischen kontrollieren inzwischen mindestens 20 Bezirke in den Provinzen Kandahar, Helmand und Urzgang, wo NATO-Truppen die US-Soldaten ersetzt haben. Und es ist kein Geheimnis, daß viele Mitarbeiter der Behörden in dieser Region enge Unterstützer der Guerilla-Kämpfer sind. Die Situation ist außer Kontrolle. Vor sechs Jahren haben Frau Bush und Frau Blair bei zahlreichen Auftritten behauptet, dies sei ein Krieg für die Befreiung der afghanischen Frauen. Versuche, das heute zu sagen, und diese Frauen werden Dir ins Gesicht spucken.

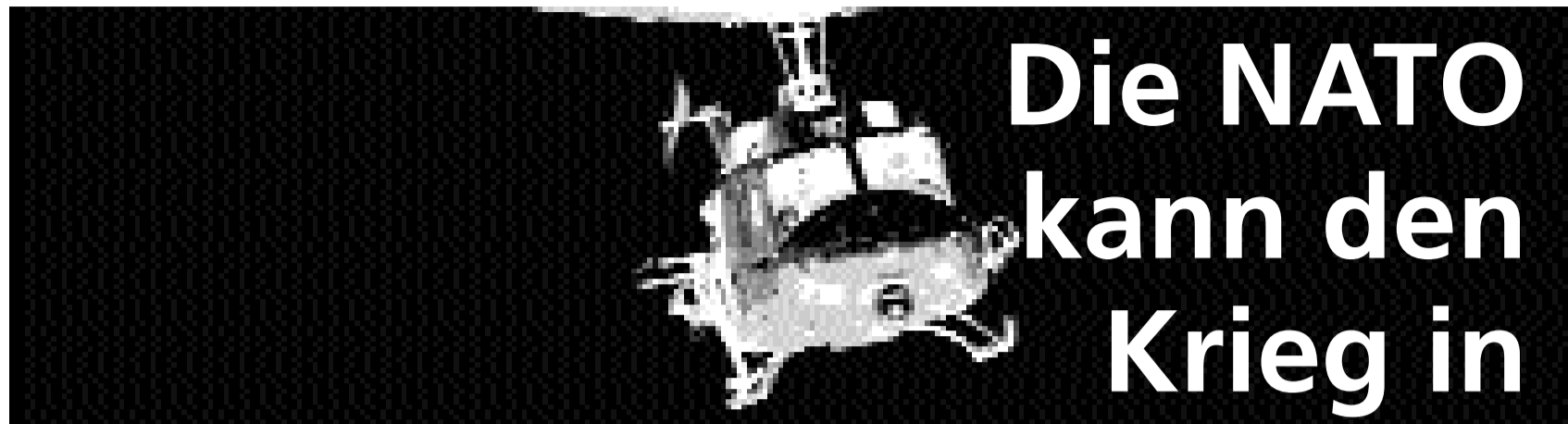
Für die öffentliche Meinung im Westen

Wer ist für dieses Desaster verantwortlich? Warum ist das Land immer noch unterdrückt? Was sind Washingtons strategische Ziele in der Region? Welche Rolle spielt die NATO? Und wie lange kann ein Land gegen den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung besetzt werden? Kaum einer hatte den Taliban nachgeweiht. Doch die von westlicher Demagogie genährte Hoffnung währte nicht lang. Schnell war klar, daß die neu eingesetzte Elite das Gros der ausländischen Hilfe abschöpfen und ihr eigenes kriminelles Netzwerk aus Bestechung und Patronage einführen würde. Die Menschen litten. Eine Lehmhütte für eine obdachlose Flüchtlingsfamilie kostet weniger als 5.000 US-Dollar. Aber wie viele wurden gebaut? Kaum eine. Jedes Jahr gibt es Berichte von Hunderten schutzloser Afghanen, die im Winter erfrieren. Statt dessen wurde von westlichen PR-Firmen und im wesentlichen für die öffentliche Meinung im Westen eine teure zusammengeschusterte Wahl organisiert.

Hätte Afghanistan durch eine Art bezgrenzten Marshall-Plan sicherer gemacht werden können? Es mag sein, daß der Bau kostenloser Schulen und Krankenhäuser sowie subventionierter Häuser für die Armen und der Wiederaufbau der nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 zerstörten Infrastruktur das Land hätte stabilisieren können. Auch in der Landwirtschaft wäre Hilfe nötig gewesen, um die Abhängigkeit vom Mohnanbau zu verringern. 90 Prozent der Opiumproduktion in der Welt kommen aus Afghanistan. Die UN schätzen, das Heroin mit 52 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des verarmten Landes beiträgt. All das hätte einen starken Staat und eine andere Weltordnung verlangt. Doch nur ein leicht verrückter Utopist konnte von den NATO-Staaten erwarten, daß sie im Ausland ein aufgeklärtes soziales Experiment starten würden, während sie in ihren Ländern alles privatisieren und deregulieren. Und da dies nicht geschah, wuchs die Korruption der Elite wie ein nicht behandeltes Tumor. Westliche Töpfe, gedacht für den Wiederaufbau, wurden mißbraucht. Schon im zweiten Jahr der Besetzung gab es einen großen Skandal, weil Minister für sich und ihre Favoriten Kabuls beste Grundstücke sicherten. Die Immobilienpreise schossen in die Höhe, während im Schutze der NATO-Truppen Karzai und seine Kollegen große Villen bauten. Hinzu kommt, daß Karzais jüngerer Bruder Ahmad Wali Karzai zu einem der größten Drogenbarone des Landes aufstieg.

Tod von unschuldigen Zivilisten

Auf der anderen Seite haben sich Militärschläge der NATO oft gegen unschuldige Zivilisten gerichtet, was letztes Jahr zu gewalttätigen Anti-US-Prote-



Die NATO kann den Krieg in



Afghanistan nicht gewinnen



sten in Kabul führte. Zunächst hatte ein Teil der Afghanen in dem militärischen Vorgehen eine notwendige Aktion gegen Al Kaida nach den Anschlägen vom 11. September gesehen. Doch inzwischen sieht in der ganzen Region eine wachsende Mehrheit in der Präsenz der NATO-Truppen nichts anderes als eine imperialistische Besetzung. Entsprechend wachsen die Taliban, und zwar nicht, weil ihr religiöses Sektierertum populär wäre, sondern weil sie die einzige Plattform für nationale Befreiung darstellen. Die NATO kann diesen Krieg nicht gewinnen. Mehr Truppen bedeuten nur mehr Tote. Eine Ausweitung der Kämpfe wird außerdem Pakistan destabilisie-

ren. Die paschtunische Mehrheit in Afghanistan hatte schon immer enge Kontakte zu den Paschtunen in Pakistan. Die Grenze wurde seinerzeit von den Briten aufgezwungen und war immer sehr durchlässig. Es ist vollkommen unmöglich, einen texanischen Zaun oder eine israelische Mauer entlang der 2500 Kilometer langen Grenze zu bauen. Es kann nur eine politische Lösung geben, keine militärische.

Washington scheint keine strategischen Ziele in Afghanistan zu haben, es sein denn, die Disziplinierung europäischer Verbündeter, die die USA im Irak im Stich gelassen haben. Natürlich sind die Al Kaida-Führer noch immer auf der

Flucht, aber ihre Gefangennahme wird ein Ergebnis erfolgreicher Polizeiarbeit und nicht von Krieg und Besetzung sein. Was werden die Auswirkungen eines NATO-Rückzugs sein? Der Iran, Pakistan und die zentralasiatischen Republiken werden eine vitale Rolle als Garantiemächte einer föderativen Verfassung spielen müssen, die die ethnische und religiöse Vielfalt respektiert. Diese Aufgabe wurde durch die NATO-Besetzung nicht einfacher. Ihr Fehlschlag hat zur Wiederbelebung der Taliban geführt, hinter denen sich die Paschtunen mehr und mehr zusammenschließen. Die Lehre ist wie im Irak eine sehr grundsätzliche: Es ist wesentlich besser, wenn ein

Regime von unten gestürzt wird, selbst wenn dies langes Warten bedeutet wie in Südafrika, Indonesien oder Chile. Besetzung stört die Herausbildung eines organischen Wandels und vergrößert nur Elend und Chaos. Afghanistan ist dafür ein weiteres Beispiel.

Tariq Ali ist freier Publizist, Schriftsteller und Historiker. Er lebt in London. In seinem jüngsten Buch „Pirates of the Caribbean: Axis of Hope“ schreibt er über den Einfluß von Hugo Chavez und Fidel Castro in Lateinamerika. Quelle: <http://www.counterpunch.org>; Übersetzung: ZgK